

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 1. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienabende:  
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf., Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle  
oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

### Die Krankenkassen-Novelle

Durch die Beratungen der Krankenkassen-Novelle ist die Kommission ist außer Zweifel gestellt, daß der Zweck der Novelle nicht der in den Motiven angegebene ist, die Lücke zwischen der Invaliden- und Invalidenversicherung auszufüllen, die Wöchnerinnen-Unterstützung auf mindestens 6 Wochen allgemein zu erstrecken und die Möglichkeit zu beseitigen, Geschlechtskrankheiten durch statutarische Entziehung des Krankengeldes zu verlängern und zu verschleppen. Vielmehr ist der offensichtliche Zweck, zum mindesten wäre die Folge der Annahme der Novelle, eine erhebliche Beschränkung der Selbstverwaltung der Kassen, die Anbahnung einer Umwandlung der Kassenverwaltungen in Militär-ärzter-Verorgungsinstitute und eine enorme Belastung der Arbeiterklasse mit den Kosten der Armenpflege.

Sollte die Zeitlücke zwischen dem Invalidenversicherungsgesetz und dem Krankenversicherungsgesetz ausgefüllt werden, so ist notwendig die Bereinigung der Gleichstellung des Kreises der Versicherten, vor allem also die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter, des Geinandes, der Heimarbeiter und aller Handlungsgehilfen in die Krankenversicherung. Diese ist in der Kommission abgelehnt. Diese Ausdehnung ist teilweise — so die reichsgerichtliche Krankenversicherung des Kindes — gegen den Widerspruch und den Wunsch einiger Bundesregierungen (Sachsen, Niederbayern) und dem Centrum zuliebe unterblieben. Aus den Erklärungen des Grafen von Posadowsky geht hervor, daß man in den von dem berüchtigten Hofmannschen Entwurf zur Vernichtung der guten Folgen einer gedeihlichen Krankenversicherung durchläufigen einflussreichen Kreisen die Versicherung der ländlichen Arbeiter von einer noch weiteren Beschränkung der persönlichen Freiheit der Landarbeiter (erweiterter Krankenversicherung ohne Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung der Kassen) und der Invalidenversicherung unterworfenen Personen auszuweichen, soweit nicht durch Landesgesetz mindestens eine der Krankenversicherung gleichwertige Unterstützungsmaßnahme besteht, die Krankenkassen verpflichtet, mindestens eine 26wöchentliche Unterstützung zu leisten und den zur Berechnung des Krankengeldes von der Bestimmung des örtlichen Tagelohns auf mindestens 1,50 Mk. zu bestimmen. Beide Wege sind auch in der Kommission abgelehnt. Statt dieser Verbesserung hat man die Notwendigkeit einer Erhöhung als Sprungbreit benutzt, um die Kassenmitglieder in eine außerordentlich hohen Weise zu belasten, die Atomisierung der Krankenkassen und den Ersatz der Selbstverwaltungskörper durch in staatliche Einrichtungen vorzubereiten.

Wie stark der Wunsch obwaltete, an Stelle einer Centralisierung der Kassen Organisationen vorzubereiten, die die Versorgung einer großen Anzahl von Militärärztern auf Kosten der Versicherten ermöglicht, zeigt die Behandlung der Gemeinde-Kassenversicherung. Die Gemeindefassen haben keinerlei Existenzberechtigung. Ihre Existenz raubt weiten Kreisen das Wahlrecht zu Ausschüssen der Versicherungsanstalten und der Weisheit zu den Entscheidungen der Arbeiterversicherung. Die Gemeinde-Krankenversicherung war als subsidiäre Versicherung gedacht, falls die Errichtung einer eigentlichen Krankenkasse vorübergehend unmöglich sein sollte. Die jetzigen Mindestleistungen der Gemeinde-Krankenversicherungen sind weit geringer als die der übrigen Kassen. Wöchnerinnen-Unterstützung zahlen sie gar nicht und sollen sich auch nach den Kommissionsbeschlüssen nicht wählen, wiewohl fast die Hälfte der in den Gemeinde-Krankenversicherungen Versicherten weibliche Mitglieder sind. Dingenen sollen die Beiträge dieser Mitglieder nach der Novelle statt auf 2 Proz. auf 3 Proz. erhöht werden können, also um 50 Proz., während die Ausdehnung der Unterstützung von 13 auf 26 Wochen höchstens 20 Proz. ausmachen würde. Das Reichsamt des Innern hatte in seinem Entwurf die Erhöhung der Beiträge auf nur 2,4 Proz. des Tagelohns vorgeschlagen. Offenbar hat Preußen den Ausschlag für die höheren Beiträge gegeben. Nach den Darlegungen des preussischen Vertreters haben die preussischen Gemeinde-Krankenversicherungen ein Defizit von über 2 1/2 Millionen. Diesen Betrag, den die Gemeinden vorschießen mußten, sollen nunmehr die Arbeiter allmählich decken, während der einzig verständige Weg der einer Auflösung dieser Kassen-Einrichtungen und ihre Verschmelzung mit Orts-Krankenkassen wäre. Im Jahre 1900 waren von den 22364 Kassen 8512 Gemeinde-Krankenversicherungen. Von diesen fielen 1704 auf Preußen, 4127 auf Bayern. Neben den Gemeinde-Krankenversicherungen giebt es in Bayern noch 63 Orts-, 602 Betriebs-, 3 Bau-, 12 Zünfte-, 16 eingeschriebene und 9 landesrechtliche Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen. Welcher Grund liegt vor, zwecks Aufrechterhaltung dieser Übergangseinrichtungen, auf die den Arbeitern so gut wie kein Einfluß zusteht, so enorme Beiträge von der Versicherten zuzugestehen, während eine von der Arbeiterschaft und der Arbeitgebererschaft gleichmäßig seit Jahrzehnten verlangte Centralisierung der Kassen ohne einen Pfennig Beitragserhöhung wirklich die in den Motiven den Versicherten versprochenen Vorteile und mehr zuwenden würde?

Wie wenig Vorteil die obligatorische Ausdehnung der 13 auf 26 Wochen den in Orts-, Betriebs-, Bau-, Zünfte- oder eingeschriebenen Kassen Versicherten bringen würde — auch hier soll eine Erhöhung der Beiträge von 3 auf 4 Proz. des örtlichen Tagelohns zulässig sein — zeigt die Statistik für die Jahre 1898 und 1900 sowie die Regierungsmotive nicht genau. Entscheidend ist nicht die Anzahl der Kassen, die schon mindestens 26 wöchentliche Unterstützung eingeführt haben, sondern die Anzahl der Versicherten. Eine Angabe hierüber fehlt aber. Es gewährten statutenmäßig über 13 bis 52 Wochen 898 Orts-, 2330 Betriebs-, 5 Bau-, 145 Zünfte-, 798 eingeschriebene und 178 landesrechtliche Hilfskassen. Würde die Centralisierung auch nur in dem von den Socialdemokraten in der Kommission beantragten Umfang durchgeführt sein, so würden schwerlich noch Kassen mit einer nennenswerten Mitgliederzahl hinter 26 Wochen Unterstützungsbauer zurückbleiben. Die Regierung, Centrum und Konservativen haben die Anträge abgelehnt. Ihnen liegt an Atomisierung der Kassenorganisationen, um auf Kosten der Arbeiter durch bürokratische Mitglieder der Bourgeoisie die Kasseninstitutionen als eine anders geordnete Kranken-Armenpflege zu lassen. Der Arbeiterschaft liegt daran, die Volksgesundheit zu erhöhen, Krankheiten nach Möglichkeit vorzubeugen, den Erkrankten halbmöglichst Heilung zu bringen, deren Familien zu unterstützen und die Erwerbsfähigkeit zu beschleunigen.

Die bekannnten Selbstverwaltungsbefugnisse, welche die Zusätze zu den §§ 33 und 42, wie sie die Kommission beschloffen hat, aufweisen, zeigen auch dem Vertrauensseligsten den Zweck der Vorlage, die unter dem Schein einer Fürsorge für erkrankte Arbeiter der Arbeiterklasse weit über die sogenannte Fürsorge hinausgehende Kosten aufzuhalten und die Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiete entrechteten will. Diese Vorschläge sind gegen den einmütigen Antrag aller 1200 Kassendelegierten, die aus den Kreisen der Arbeiter und der Arbeitgeber sich auf dem imposanten letzten Kassenkongress zusammenfanden, von der Kommission beschloffen. Sie kann denn auch der Reichstag die Wünsche von zehn Millionen Arbeitern respektieren, wenn es gilt, die Rechte der Versicherten nur zum Schein zu erhöhen, in der That aber in ungeheurer Weise zu beschränken! Der famose § 33 giebt den Vorstehenden eine Verantwortungslosigkeit gegenüber den Beschäftigten des Vorstandes, die nach seiner Ansicht gegen- oder statutenwidrig sind. Durch solche Vorschrift wird offensichtlich, wie das auf dem Kongress mit Recht Arbeitgeber betonten, der Keil der Zwietracht in die Vorstandsbewertung hineingetrieben und dem Vorstehenden eine gehässige Bevormundungspflicht aufgebürdet. Die Keuerung steht ebenso wie die zu § 42 beschloffenen in seiner Zusammenhang mit der kurz vor den Wahlen betonten Arbeiterfürsorge, die die Novelle enthalten soll. Ist § 35 Gesetz geworden, so bahnt es den Weg zur Verweisung der Kassen mit 42 Stimmen als Vorstehenden.

§ 42 will es plötzlich unmöglich machen, jemandem, der nach Ansicht seiner Kassengenossen zu Unrecht mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder mit Verlust der Bekleidung öffentlicher Ämter bestraft ist, zum Vorstandsmitglied oder Kassendelegierten zu machen. Als in der Kommission darauf hingewiesen wurde, daß demnach auch zum Beispiel ein wegen Majestätsbeleidigung, vielleicht zu Unrecht mit Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter bestrafte von der Wahl ausgeschlossen wäre, erklärte der Führer des Centrums Dr. Spahn: gewiß, das solle auch die Folge sein, man dürfe den Arbeitern solche Wahlen nicht zumuten. Noch ärger ist die Gummistempelvorschrift, nach der vom Amt durch die Aufsichtsbehörde zu entziehen ist, hinsichtlich dessen Thatsachen bekannt werden, welche sich als große Pflichtverletzung darstellen.“ Die Krone setzte den Selbstverwaltungsbefugnissen der von dem Centrums-Abgeordneten von Savigny in letzter Stunde eingebrachte, von der Kommission angenommene Antrag auf, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde für die Dienstordnung zu fordern, die jede Kasse für die Rechtsverhältnisse und die Anstellungsbedingungen ihrer Beamten zu erlassen habe. Allerdings wird man ja vielleicht im Plenum diesen allzu ungeschickten Antrag beseitigen, weil er gar zu deutlich zeigt, daß die Mehrheit der Kommission die Versorgung von Militärärztern auf Kosten der Arbeiter statteiner zureichenden Krankenfürsorge herbeiführen möchte. Auch ohne diesen Zusatz zeigt die Novelle in hinreichend deutlicher Weise, daß auch auf diesem Gebiete die bürgerlichen Parteien den Arbeitern Steine statt Brot reichen.

### Die Grundzüge der irischen Landbill.

London, 27. März.

Die irische Agrarvorlage (Landbill) wurde von Mr. Bynham, dem Staatssekretär für Irland, letzten Mittwoch eingebracht. Sie hat den Zweck, die irischen Pächter, die weitaus große Mehrzahl der Bewohner Irlands, in Eigentümer von Grund und Boden, das heißt in Bauern zu verwandeln. Die irische Bodenreform, die im Jahre 1880 anfang, soll nun zum Abschluß gebracht werden. In dieser dreißigjährigen Reformzeit wurden etwa vierzig gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen, die die Zustände sehr verbesserten und eine ganze Reihe von technischen Ausdehnungen schufen, so daß es gar nicht leicht ist, irische Agrarfragen zu verstehen. Einige Vorbemerkungen sind deshalb nötig.

So verwickelt die dreißigjährige Bodengesetzgebung Irlands auch ist, so lassen sich in ihr zwei Grundgedanken erkennen. Die beiden Grundgedanken fallen zusammen mit den beiden politischen Parteien — liberalen und konservativen —, die in der Regierung abwechseln. Der Grundzug der liberalen Gesetzgebung war darauf gerichtet, den Pächtern als solchen zu helfen, indem ihnen die Pachtsumme (Rente) herabgesetzt und die Pachtung gesichert wurde. Diese Gesetz-

gebung, mit der der Name Gladstones unzertrennlich verbunden ist, stellte in Irland sogenannte doppelte Eigentumsrechte her, indem anerkannt wurde, daß auch der Pächter gewisse Eigentumsrechte auf seine Pachtung hat.

Der Grundzug der konservativen Gesetzgebung (Salisbury und Balfour) war darauf gerichtet, den Pächtern zu erleichtern, ihre Pachtung als Eigentum käuflich zu erwerben. Zu diesem Zwecke schloß die Regierung den Pächtern einen Teil oder das Ganze des Kaufpreises vor, d. h. zur ratenweisen Rückzahlung geliehen.

Was waren die Erfolge und Mißerfolge dieser Gesetzgebungen?

Die Erfolge waren: zwischen den Jahren 1881 und 1896 erhielten die Pächter eine Rentenherabsetzung um etwa 20 Proz.; die so herabgesetzte Pachtsumme nennt man first term rent. Seit 1896 wurde eine weitere Herabsetzung vorgenommen, die etwa 18 Proz. beträgt; die zum zweitenmal herabgesetzte Rente nennt man second term rent; von dieser haben vorläufig nur eine geringe Zahl von Pächtern Gebrauch machen können. Also, seit dem Jahre 1880 fiel die Rente um etwa 38 Proz., und zwar durch rein gesetzliche Maßregeln der liberalen Regierung. — Ferner wurden etwa 80 000 Pächter in Eigentümer verwandelt, die dank den Vorschüssen der konservativen Regierung ihre Pachtungen kaufen konnten. Die Rückzahlungen laufen pünktlich ein; unter diesen 80 000 Pächtern giebt es nur zwei, die mit ihren Raten im Rückstande sind, wobei zu bedenken ist, daß die meisten der Pächter oft von ihren Kindern und Verwandten in Amerika unterstützt werden, da allen daran gelegen ist, den irischen Boden zurückzukaufen.

Gegenüber diesen Erfolgen stehen große Mißerfolge. Die Pacht-herabsetzungen und Abschätzungen führten zu kostspieligen Prozessen und bitteren Konflikten. Dann wurde durch die vierzig verabschiedeten Akte ein Chaos geschaffen, in dem sich nur wenige Leute zurechtfinden können, was die Pächter wiederum von den Juristen und Richtern abhängig macht. Außerdem entstanden dadurch Ungleichheiten in der Behandlung der Pächter, die zu großer Unzufriedenheit Anlaß gaben.

Die Nachteile müssen sehr bedeutend gewesen sein, denn der Strom der irischen Auswanderung wurde durch die Bodenreform nicht gehemmt, ebensowenig die Migration des irischen Volkes. Noch mehr: die irischen Grundherren, die bislang die einzigen Zufriedenen in Irland waren, wurden ebenfalls unzufrieden. Denn die gerichtlichen Pacht-herabsetzungen haben ihre Einnahmen bedeutend gemindert und die Rente fiel auch infolge der fortgesetzten Auswanderung der irischen Pächter.

Die Unzufriedenheit in Irland wurde allgemein, so daß sich die bisherigen Feinde: Grundherren und Pächter vereinigten und die Regierung aufforderten, endlich einmal geordnete Zustände in Irland zu schaffen. Dieses harmonische Zusammengehen der Grundherren und Pächter, der Erbauer und der Ererbten, der Protestanten und Katholiken steht in der blutigen Geschichte Irlands beispiellos da. Wie man sieht, ist der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen ein rassenartiger, religiöser und wirtschaftlicher. Allein die allgemeine Unzufriedenheit, die die dreißigjährige Bodenreform geschaffen hat, drängte die Gegensätze in den Hintergrund. Die Bewegung für den Auslauf der Grundherren ergriff alle ländlichen Interessenten. An der Spitze dieser Bewegung steht der konservative Abgeordnete L. B. Russell; er ist protestantisch und wurde in Schottland geboren; seine Jugendjahre verbrachte er als gewöhnlicher Arbeiter in seiner Heimat und in Irland. Es ist bemerkenswert, daß das irische Volk, das in seiner weitaus großen Mehrheit katholisch ist, keinen einzigen großen parlamentarischen Führer hervorgebracht hat. Wernell, der das irische Volk politisch organisiert und es zu einem mächtigen Faktor erhob, war Protestant. Ebenso ist Russell. Dieser ist der eigentliche Urheber der jetzigen Bill — was allerdings nicht besagt, daß sie ganz in seinem Geiste entworfen ist. Er war es auch, der im Monat Dezember 1902 eine Konferenz zwischen den Grundherren und Pächtern arrangierte, die unter dem Vorhild von Lord Durraven tagte. Die Beschlüsse dieser Konferenz machten es der Regierung klar, daß die Zeit gekommen sei, ein Jahrhundert altes Unrecht einzugestehen zu befechtigen.

Nach diesen Bemerkungen wird es leichter sein, die Grundzüge der von Mr. Bynham eingebrachten Bill zu verstehen.

Fünf Sechstel des irischen Agrarlandes, etwa 400 000 Pachtungen, werden den irischen Pächtern zum Ankauf angeboten.

Der Ankauf soll binnen 15 Jahren vollzogen sein. Also etwa im Jahre 1919 werden die irischen Pächter in Eigentümer verwandelt sein.

Die Jahresrente dieser 400 000 Pachtungen beträgt insgesamt 4 Millionen Pfund Sterling. Der Marktwert etwa 90—100 Millionen Pfund Sterling.

Wie soll nun der Kaufschilling bestimmt werden?

Zur Grundlage des Kaufschillings wird die second term rent, d. h. die seit dem Jahre 1880 zweimal herabgesetzte Pachtsumme, genommen. Diese wird wieder reduciert um 10—20 Proz., sagen wir um durchschnittlich 20 Proz. Diese dreimal reducierte Rente, zu 3/2 Proz. kapitalisiert, bildet den Kaufpreis. Wir werden dies später an einem Beispiele beleuchten.

Nachdem der Kaufpreis festgesetzt ist, zahlt ihn die Regierung in bar an den Grundherren, dessen Eigentumsrechte auf den Pächter übergehen. Der Pächter wird Schuldner der Regierung.

Nun zur Rückzahlung: Der Pächter soll sieben Achtel der ihm vorgeschossenen Summe in 68 1/2 Jahren ratenweise abtragen. Die Rate ist 3/2 Proz., in der sowohl Zinsen wie Amortisation eingegriffen sind. Das letzte Achtel aber soll als eine ewige Rente vom Eigentümer an die Regierung gezahlt werden, damit diese nicht eingreifen kann, falls der Bauer sein Eigentum stark zerstückeln oder mit Hypotheken belasten will. Die Regierung will durch die Rückzahlung des letzten Achtels den Bauer vor dem Wucherer schützen.

Ihm die Grundherren zu ermutigen, ihre Güter zu verkaufen, schenkt ihnen der Staat 12 Millionen Pfund Sterling, die im umgekehrten Verhältnis zur Größe der verkauften Ländereien verteilt werden sollen, d. h. die Großgrundbesitzer erhalten 5 Proz. des erzielten Preises, die mittleren 10, die kleineren 15 Proz. Jedoch soll die Verteilung dieses Geldes so erfolgen, daß der Staat jährlich mit höchstens 300 000 Pfund Sterling zu belasten ist.

Nun zur Beschaffung des Geldes. Im Laufe der nächsten 15 Jahre wird der Staat etwa 100 Millionen brauchen, um den Ankauf zu vollziehen. Die Anleihe wird nicht mit einem Male auf den Markt geworfen. Die Regierung wird in den ersten drei Jahren nur 3 1/2 Millionen vorschützen, später etwas mehr, durchschnittlich



Reichstags-Kandidaturen in Baden.

Mit der Aufstellung der Reichstags-Kandidaturen, ist wie man uns aus Baden berichtet, von allen Parteien des Landes bisher nur die Socialdemokratie zu Ende gekommen...

- 1. Konstanz-Leberlingen: Malermeister R o h n - Konstanz (Soe.); Landeskommissar Fehr v. Bodman (natl.); Oberstaatsrat Hug (bisch. Vertreter, Centrum); 2. Balingen Trübing: Holzschneider Fleig - Hornberg (Soe.); Posthalter Jaller (bisch. Vertr., Natl.); 3. Waldshut - Säckingen: Metallarbeiter Kleemann - Durlach (Soe.); 4. Vörrach-Mühlheim: Schuhmachermeister Haug - Freiburg (Soe.); 5. Freiburg-Mühlheim: Heidenhauer Kräuter - Freiburg (Soe.); 6. Mader (bisch. Vertr., Centrum); Staatsanwalt Jungbans (Natl.); 7. Offenburg-Wehl: Stadtrat W o n s c h - Offenburg (Soe.); Schüler (bisch. Vertr., Centrum); 8. Rastatt-Achern: Apotheker L u g - Baden (Soe.); Lender (bisheriger Vertreter, Centrum); 9. Pforzheim-Durlach: Redakteur E i c h o r n - Mannheim (Soe.); Wittum (natl.); 10. Karlsruhe-Bruchsal: Buchbindermeister Adolf G e d - Offenburg (bisch. Vertr., Soe.); Heimbürger (Demokrat); Fräufel (Freisinn); 11. Mannheim-Weinheim: Stadtrat D r e e s - bach (bisch. Vertr., Soe.); Waser (Demokrat); 12. Heidelberg-Rosbach: Expedient F e i f f e l e - Mannheim (Soe.); Oberamtmann Bed (bisch. Vertr., natl.); Gutsbesitzer Michaely (Wund d. Landw.); 13. Bretten-Sinsheim: Verbandsbeamter H o r t e r - Mannheim (Soe.); Lude (bisch. Vertr., Wund d. Landw.); 14. Wertheim-Kaibitzschheim: Lagerhalter G e a r t - Mannheim (Soe.); Landgerichtsdirektor Lehner (bisch. Vertr., Centrum).

Ulramontane Kampfesweise. Seit zehn Jahren zum erstenmal wieder waren unsere Parteigenossen in Eriar in der Lage, eine Volksversammlung zu veranstalten, da ihnen der große Saal eines in Konkurs stehenden Unternehmers zur Verfügung gestellt wurde...

Vertragliche Geisteslieferung.

Die Verurteilung des Blumenmediums wegen Betrugs erweckt gewisse rechtliche Bedenken. In dem Bestreben, die Dummen gegen ihre eigene Nothwehr zu schützen, hat das Gericht den Begriff des Betruges in einer Weise ausgedehnt, die schließlich dazu führen dürfte...

Ja, der Fall Nothe liegt noch viel milder als solche Betrugsfälle, wie die eben erwähnten, in denen die ehrliche Lieferung des Verlangten doch an sich möglich wäre.

In dem Urtheil gegen das Blumenmedium wird dargelegt: Die Besucher der Nothe hätten nicht das erhalten, was sie vertraglich zu beanspruchen hatten. Die Nothe konnte aber gar nicht leisten, was man von ihr verlangte, weil es unmöglich ist; sie hatte zwar das Unmögliche versprochen: die Vorführung von Geistern, aber die andern haben sich auch das Unmögliche versprechen lassen...

Indes, man brauchte gar nicht Leute, die sich als betrogen bezeichnen, auch diejenigen, die trotz aller Sachverständigenurtheile und trotz aller dokumentarischen Beweise an dem Glauben von der Echtheit des heiligen Aodes festhalten, ließen sich massenhaft aufreiben...

Der Vergleich liege sich leicht noch auf viele andre verwandte Dinge ausdehnen. Wenn in dem Thun der Nothe eine strafbare Handlung zu finden ist, so werden im Deutschen Reich fortdauernd eine Reihe strafbarer Handlungen verübt, die einen weit größeren Personenkreis schädigen...

Das der Gerichtshof die juristische Schwäche seiner Position empfunden hat, geht aus verschiedenen Wendungen der Begründung des Urtheils hervor. Die Menge der Zeugen, die von der Echtheit der Notheischen Geister überzeugt sind, thut er mit der Wendung ab, sie hätten nicht richtig beobachtet...

Will man einmal gesetzlich allem Schwindel zu Leibe gehen, warum fängt man mit solcher Schneidigkeit bei einer Lapperei an?

Der Staatshaushalt Preussens für das Jahr 1902 dürfte sich, wie die „V. P. R.“ mittheilt, infolge der Besserung der wirtschaftlichen Lage günstiger gestalten, als noch bis vor kurzem zu hoffen war...

Am 1. April treten folgende Gesetze und Verordnungen in Kraft: Reichsbeschaffungs-, Seemannsordnung neben den Nebengesetzen (Seemannsgerichte, Stellenvermittlung für Seeleute usw.), Sühnstoffgesetz (Verbot der Saccharinfabrikation), Bundesratsverordnung betreffend Einführung von Lohnbüchern in der Kleider- und Wäsche-fabrikation...

Zammerfreisinn. Das Verhalten der Freisinnigen in Tilsit gegenüber den Frauen in der Versammlung ist noch viel lässlicher, als es in den anfänglichen Darstellungen erschien. Wie uns nämlich von vertrauenswürdiger Seite aus Tilsit mitgeteilt wird, sind die Frauen nicht auf Veranlassung der Polizei, sondern aus eigener Initiative des Vorsitzenden ausgewiesen worden...

Die Freisinnige Zeitung sucht glauben zu machen, es wäre eine Vereinsversammlung gewesen. Das ist nicht wahr! Die „Tilsiter Allgemeine Zeitung“, ein Freisinnblatt, schrieb: „Einen schönen Abgang fand der Parteitag durch die sehr zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung abends in der Bürgerhalle, wo die sich, wie vorauszusuchen war, auch eine Anzahl Socialdemokraten männlichen Geschlechts nicht nur, sondern auch verschiedene Frauen eingefunden und auf der Galerie heimisch niedergelassen hatten.“

Und selbst wenn es eine Vereinsversammlung gewesen wäre, teilt ja wiederum das freisinnige Blatt selber mit, daß die Frauen auf der Galerie gewesen sind, daß sich dieselben also in dem berühmten Segment befunden haben, wo ihre Anwesenheit auch in politischen Vereinsversammlungen nach der Verfügung des Herrn v. Hammerstein zulässig ist...

Berforden ist am Dienstag der Reichstags- und Landtags-Abgeordnete Gustav Andree in Zehlendorf bei Berlin. Andree hatte Theologie studiert, war als Geistlicher und im Schulfach thätig, später als Stabsbeamter in Berlin. Seit 1875 war er einer der Vertreter des dritten Berliner Landtags-Wahlkreises...

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Aufnahme der Barzahlungen. Die Regierungen Oesterreichs und Ungarns unterbreiteten den beiderseitigen Parlamenten einen Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme der Barzahlungen. Mit dem Gesetzentwurf wird die österreichisch-ungarische Paul, welche durch denselben verpflichtet wird, die von ihr ausgegebenen Noten gegen gesetzliches Metallgeld österreichischer oder ungarischer Prägung auf Verlangen bei sonstigem Verlust des Privilegiums einzulösen, weiter verpflichtet, 20 sowie 10 Kronen-Noten zur vollen Befriedigung des Verlehrsbedürfnisses auszugeben...

Der Duellzwang. Wien, 31. März. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung von Interpellationen betreffend den Erlaß des Reichs-Kriegsministeriums in der Angelegenheit der Anti-Duellisten erklärt Landesverteidigungs-Minister v. Welfersheim, daß der Erlaß sich in keiner Weise gegen das humane Ziel der Anti-Duellisten richte. Die Vereitelung von Offizieren an der Liga sei nicht für zulässig erachtet worden, weil für die Behandlung von Ehrenangelegenheiten in der Armee sich nur eine einseitige Anschauung geltend machen dürfe...

Frankreich.

Paris, 31. März. Der Senat nahm in seiner heutigen Vormittags-Sitzung, welche eine Stunde dauerte, das Budget an, erklärte sich mit verschiedenen von der Deputiertenkammer vorgeschlagenen Abänderungen einverstanden, lehnte jedoch einige andre ab...

Paris, 30. März. (Fig. Ver.) Die gestrigen 3 Stichwahlen für den Pariser Gemeinderat haben die Aussichten befestigt. Mit der Wahl der Socialisten Turot (Jaurèsist) und Ribourg (Allemandist) ist der alte Bestand behauptet worden. Ribourg siegte über einen Radikalen, der nationalistische Stichwahlhilfe bekommen hatte. Im Wahlbezirk Batignolles aber haben die Nationalisten ein Mandat verloren...

Nach dem Stimmenverlust des 22. März der Mandatsverlust des 29. März in einem von den Nationalisten für sicher gehaltenen Bezirk! —

Bulgarien.

Sofia, 31. März. Das neue Kabinett ist unter dem Präsidium Danev gebildet worden. Alle früheren Minister behalten ihre Portefeuilles, mit Ausnahme des Kriegsministers Papritoff, welcher durch Oberst Sawow ersetzt wurde. Die Tagung der Sobranje ist bis zum 31. März alten Stils verlängert worden.

Türkei.

Ihr Lage in Macedonien.

Der offiziöse „Regierungsbote“ in Petersburg veröffentlicht ein Telegramm des Konsuls in Uestüb vom 27. März, welches besagt, daß die Wirren im Vilajet Kossowo nicht ab-, sondern zunehmen. Zum Centrum der aufständigen Bewegung werden wahrscheinlich Jschib, Prileb und die Umgebung von Kischew werden. In Kotschau und Jschib seien viele, oft 100 und mehr Köpfe starke Banden vorhanden, welche nicht aus Dorfbewohnern, sondern Städten, Lehrern u. sammengefegt sind. Die Mitteilung des russischen Konsuls, daß die russische Regierung die Handlungsweise des Komitees mißbillige und die Teilnehmer an einem etwaigen Aufstand ihren Schicksal überlassen werde, werde von den Komitees der Bevölkerung sorgfältig verheimlicht. Dabei bemühen sich die Komitees sogar, der Bevölkerung die Uebersetzung beizubringen, alles geschehe unter dem Schutze Rußlands. Die Lage werde noch verschärft durch die von den Komitees an Türken verübten grausamen Gewaltthatigkeiten. Die Komitees thun alles, so schließt das Telegramm des Konsuls, um allgemeine Erbitterung unter den Mohammedanern hervorzurufen und sie zur allgemeinen Vernichtung der Christen zu veranlassen.

Amerika.

Russland auf San Domingo. Aus New York wird vom 31. März gemeldet: Nach einer Nachricht aus Cap Haitien fand am letzten Sonnabend in San Domingo in der Nähe von Dajabon ein Gefecht statt, in welchem die Regierungstruppen 27 Tote und 43 Verwundete, die Aufständischen 5 Tote und 11 Verwundete verloren. Die Regierungstruppen stehen rings um San Domingo und man erwartet eine Schlacht.

Caracas, 30. März. Der deutsche und der englische Gesandte haben heute ihre Beglaubigungsschreiben überreicht.

Anarchie oder Parteidisciplin.

Die Braunsche Verteidigung der „Freiheit der Meinungsäußerung“ gegenüber dem Parteivorstand, von dem er sie bedroht sieht, würde mich nicht veranlassen das Wort zu ergreifen, wenn Braum sich nicht unter andern auf meine journalistische Praxis beriefe, um damit seine journalistische Theorie zu begründen.

Dazu hat er nicht das mindeste Recht, denn mein bishigen Mitarbeit an bürgerlichen Blättern bewegt sich vollständig in den Grenzen, welche die Veröffentlichung des Parteivorstands dafür gezogen hat. Die einzigen bürgerlichen Blätter, für die ich gelegentlich Artikel, Feuilletons oder Korrespondenzen geschrieben habe, waren 1883 und 1884 die „Frankfurter Zeitung“ (ein Bericht über den englischen Socialismus, ein Feuilleton über Morgan) und die „Züricher Post“; später die „Deutsche Zeitung“ in Wien unter Friedjung (wenn ich nicht irre, 1888) und die Berliner „Volks-Zeitung“ unter Behring 1880. Es waren stets Organe der äußersten Linken, die zur Zeit meiner Mitarbeiterschaft unfrer Partei nicht feindselig, sondern sympathisch gegenüberstanden. Ich habe für die beiden ersten Blätter Beiträge geschrieben zu einer Zeit, wo das Socialistengesetz unfrer Parteipresse in Deutschland fast völlig den Garaus gemacht hatte, ebenso für die Wiener „Deutsche Zeitung“ zu einer Zeit, wo wir in Wien über kein Parteiorgan verfügten. Die „Volks-Zeitung“ endlich wurde unter dem Socialistengesetz von Parteigenossen mitunter bemut, weil sie dort schärfer schreiben durften, als in der vom Socialistengesetz bedrohten Parteipresse.

Seitdem das Socialistengesetz und die damit verbundenen abnormen Zustände beseitigt sind und wir wieder eine entwickelte Parteipresse besitzen, habe ich keine Zeile mehr für ein bürgerliches Organ geschrieben, wenn man nicht das Braunsche „Archiv“ dazu rechnen will.

Die Veröffentlichung des Parteivorstands nimmt auch keinen neuen Standpunkt ein, sondern betont nur, was für jeden Parteigenossen selbstverständlich ist, der seit längerer Zeit in Reich und Glied marschirt.

Neu ist vielmehr der Braunsche Standpunkt, daß es im Parteinteresse liege, wenn bei einer so entwickelten Parteipresse, wie wir sie gegenwärtig in Deutschland haben, Parteigenossen für bürgerliche Blätter schreiben. Diese Auffassung ist ebenso neu wie die Millerands, sie ist in der That Millerandismus, ins Journalistische überfegt.

Es wäre noch vieles über die Braunsche Art der Verteidigung der freien Meinungsäußerung zu sagen. Aber ich verzichte hier darauf; nur in einem stimme ich mit Braum überein: in dem Wunsch, die weitere Diskussion bis nach den Wahlen vertagt zu sehen. Das entscheidende Wort liegt ja nun beim Parteitag.

S. Kautsky.

Partei-Nachrichten.

Aus der 25 jährigen Geschichte der „New Yorker Volkszeitung“.

25 Jahre schweren Kampfes, die ebenso viele Jahre stolzer Erfolge bedeuten, hat die „New Yorker Volkszeitung“ hinter sich. Und sie ist nicht das einzige Arbeiterblatt in deutscher Sprache, das auf amerikanischem Boden ein so hohes Alter erreichen konnte; vor ihr beging das „Philadelphia Tageblatt“ das gleiche Jubiläum.

Die „New Yorker Volkszeitung“ ist nicht das erste Arbeiterblatt, das in New York in deutscher Sprache erschien. Die prächtig ausgestattete Jubiläumsummer der „Volkszeitung“, ein starkes Heft mit zahlreichen Illustrationen und mehreren Facsimilestudien, bringt u. a. auch ein Tableau, auf welchem die Titelseiten ihrer Vorgängerinnen in verkleinertem Maßstabe abgebildet sind. Schon 1842 sind-

erschien als erstes deutsches Arbeiterblatt in New York. Der Volks-  
tribun. Ihm folgte die „Republik der Arbeiter“, die von Wilhelm  
Weißing redigiert wurde. Von anderen bekannten deutschen Revo-  
lutionären sei noch Gustav Steube als Zeitungsgründer erwähnt, der  
1851 die „Republik der Arbeiter“ in New York herausgab. Diverse  
später gegründete Blätter und Blättchen hatten fast alle  
einen mehr oder weniger utopischen oder aber auch mehr  
bürgerlich-tabakalen und harmoniebunseligen Charakter, bis 1878  
als erstes Blatt, das sich konsequent auf den Boden des modernen  
Socialismus stellte, die „Arbeiter-Zeitung“ erschien. 1874 wurde  
der „Socialdemokrat“ gegründet, der 1876, nach dem Kongress in  
Philadelphia, auf welchem die amerikanische Föderation der inter-  
nationalen Arbeiterassociation, die Arbeiterpartei von Illinois und  
die socialdemokratische Partei von Nordamerika sich zur Arbeiter-  
partei der Vereinigten Staaten zusammenschlossen, unter dem Namen  
„Arbeiterstimme“ unter Leitung A. Otto-Wassers weiter erschien.

Am 2. Juni 1878 erschien die letzte Nummer der „Arbeiter-  
stimme“. Sie ging nicht ein aus Mangel an Interesse seitens der  
in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten, sondern weil der Arbeiter-  
bewegung New Yorks ein einmal wöchentlich erscheinendes Blatt  
nicht mehr genügte. Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß an dem-  
selben 2. Juni in Berlin der Schuß Kobinows fiel, der mit als  
Vormann zur Unterdrückung der deutschen Arbeiterbewegung dienen  
müßte, zur Schöpfung jenes Schandgeheißes, dem dann auch die  
deutsche socialistische Presse zum Opfer fiel.

Am 28. Januar 1878 erschien die erste Nummer der „New Yorker  
Volkszeitung“ und während in Deutschland die Reaktion wahre Orgien  
in der Unterdrückung der freien Arbeiterpresse feierte, begann in  
New York ein deutsches socialistisches Blatt seinen Siegeslauf. Freilich  
war die Bahn des Blattes, namentlich in Anfangs, eine recht  
dornenvolle. Mit 1100 Dollar ging man an die Gründung einer  
großen, täglich erscheinenden amerikanischen Zeitung, die nicht nur  
die socialistischen Ideen unter den Deutschen Amerikas pflegen sollte,  
sondern auch die Konkurrenz mit der das Feld völlig beherrschenden  
deutschen „New Yorker Staatszeitung“ aufnehmen mußte. Die kleine  
Sektion New York der S. A. W. stellte 278 Freiwillige, die die Sammlung  
von Abonnenten noch vor Erscheinen der ersten Nummer unternahmen.  
Als die erste Nummer erschien, war es gelungen, 4000 Subskribenten  
für das neue Blatt aufzutreiben. Die Chefredaktion übernahm  
Genosse Alexander Jonas, der vorher schon als Redakteur an der  
„Arbeiterstimme“ tätig gewesen war. Aber da trotz wieder ein  
Uebelstand hervor, der an Genie, Fleiß und Begeisterung der be-  
teiligten Genossen die höchsten Anforderungen stellte: weder der  
Chefredakteur, noch irgend ein Mitarbeiter des neuen Blattes hatte  
die geringste auf eigene Erfahrung basierte Kenntnis von den  
Redaktionsbedürfnissen eines großen täglich erscheinenden Blattes.  
Selbstverständlich waren auch die finanziellen Mittel oft unzureichende.  
Heute steht die „Volkszeitung“ in jeder Beziehung auf der Höhe und  
einen Beweis ihres immensen Könnens haben die beteiligten Genossen  
sowohl redaktionell, wie finanziell und technisch bei Herstellung der  
Bestimmungen geliefert.

Der Umschlag der Bestimmung zeigt eine Idealgestalt, die Feder in  
der Rechten, eine Gabel in der erhobenen Linken, wie sie über das  
arbeitende New York dahinschwebt. Auf der ersten Textseite zeigt  
ein Holzschnitt die Arbeiterpresse, wie sie mit Besonnenheiten den  
Namen der Arbeit aus dem Schlafesauferweckt und dann folgen  
Artikel auf Artikel, Illustration auf Illustration. Eine ganze Ge-  
schichte der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung wird vor uns  
ausgebreitet. Wir lernen die Vorgänger der „Volkszeitung“ kennen;  
wir hören ihre eigne Geschichte, die sie an der Spitze selbst in den  
Worten zusammenfaßt: „Es ist der Stolz der „New Yorker Volks-  
zeitung“, daß sie, getreu ihrem Motto: „Den Interessen des arbeitenden  
Volkes gewidmet“, in dem Vierteljahrhundert ihres Bestehens die Fahne  
des Proletariats jeden einzelnen Tag hochgehalten hat!“ Beim Lesen  
der Artikel über die Gewerkschaftsbewegung sieht man auch mit Ver-  
gnügen, daß die Geschichte des Blattes — wie das bei einem socia-  
listischen Organ sein soll — mit der Geschichte der Gewerkschaften  
eng verknüpft ist. Die Zahl der Gläubiger aus den Reihen der  
Gewerkschaftler ist womöglich noch größer als die der bekannten  
Politiker. Vebels und Kautskys Schreiben hat die Redaktion im  
Fachmitedruck wiedergegeben und wir möchten unsre Besprechung in  
den Worten abschließen, die auch Vebel an den Schluß seines  
Gläubigerschreibens stellte:

Die ersten 25 Jahre waren schwere Jahre der Ueberwindung  
und der Saat, möchten die nächsten 25 Jahre die volle Ernte  
bringen.“

## Aus Industrie und Handel.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt wird der „Vossischen  
Zeitung“ berichtet, daß die Absatzverhältnisse auf dem Kohlenmarkt  
sich in der zweiten Hälfte des Monats März eher verschlechtert als  
gebeßert haben. Sieht man von Coaksohlen ab, die zur Zeit sehr  
hohe begehrt sind, so ist in der Nachfrage nach sämtlichen Kohlen-  
sorten ein empfindlicher Rückgang zu verzeichnen. Die fast gestillten  
Kohlenlager an Oberrhein nehmen trotz der ermäßigten Zufuhren  
nur sehr langsam ab, da die dortigen Verbraucher eine große Zurück-  
haltung beobachten. Dasselbe gilt von den Händern und Ver-  
brauchern in Holland. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie weicht  
allerdings einen etwas höheren Bedarf auf als im Vorjahre, dagegen  
ist das Strohengeschäft wieder entsprechend zurückgegangen. Auch  
die Ausfuhr nach Belgien und Frankreich zeigt eine Abnahme. Dazu  
kommt, daß der Wettbewerb der freien Jocher sich auf dem engeren  
Markt immer fühlbarer macht.

**Deutschlands Außenhandel.** Durch die im Februar von den  
Saarverwaltungen vorgenommene Festsetzung der Einheitswerte für  
die im Jahre 1902 ein- und ausgeführten Waren verändern sich die  
im Januar mitgeteilten vorläufigen Ziffern des deutschen Außen-  
handels für das letzte Jahr ganz beträchtlich. Nach der auf Grund  
der neuen Einheitswerte ausgeführten Berechnung stellt sich die Ein-  
fuhr auf 5805,8 Millionen Mark (gegen 5710,3 Millionen Mark in  
1901), die Ausfuhr auf 4813,1 Millionen Mark (gegen 4512,5).

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen hielt am Sonntag  
in Leipzig seine 21. Generalversammlung ab. In derselben hielt  
Direktor Karquardt in Leipzig einen Vortrag über: „Handelsinspektoren“  
und legte folgenden Antrag zur Annahme vor:

„Der Verband deutscher Handlungsgehilfen erklärt für erforder-  
lich, daß gemäß der vom Reichstag angenommenen Resolution  
Geisling (1897) Handelsinspektoren die notwendige Fürsorge für  
gleichmäßige Durchführung der zu Gunsten der Angestellten und  
Prinzipale getroffenen Schutzbestimmungen, Unterstützung beider  
Telle mit Rat und That, Vertretung der Interessen der Angestellten  
im Sinne der kaiserlichen Erlasse und Vermittelung zwischen Prin-  
zipalen und Handlungsgehilfen, auf deren Zusammenwirken die ge-  
seidliche Entwicklung des Handels beruht, übernehmen. Zu Handels-  
inspektoren sind Kaufleute zu ernennen.“

Nach einer kurzen Debatte gelangte der Antrag mit großer  
Mehrheit zur Annahme.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Baukempner sind mit dem heutigen Tage in den allgemeinen  
Streik eingetreten. In der gestrigen stark besuchten beschlußfassenden  
Versammlung wurde von ihnen folgende Resolution einstimmig an-  
genommen:

Die am 31. März bei Keller stattfindende Versammlung der  
Berliner Kempner nimmt Kenntnis von den Maßnahmen der  
Stimmenmeister und erklärt, sich durch keinerlei Versuche ein-  
schränken zu lassen, sondern unter allen Umständen an dem  
Beschluß der Versammlung vom 26. März festzuhalten. Dem-  
entsprechend ist überall, wo bis heute abend unsere Forderungen nicht bewilligt sind, morgen  
die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Bewilligt hatten bis gestern abend 32 Firmen mit ca. 200 Ar-  
beitern. Von den 21 Firmen, die sich verpflichtet haben, nur den  
von ihnen angearbeiteten (verschleißten) Lohn- und Accordtarif  
als maßgebend zu betrachten, sind gestern abend bereits eine größere  
Anzahl Arbeiter entlassen worden. Unter den Streikenden herrscht  
dieselbe zuverlässige Stimmung wie bei dem vorjährigen Auslande.

**Ausperierungsbefehle der Holzindustriellen.** Unter der Führung  
des Obermeisters Mahardt suchen die Berliner Holzindustriellen  
den gegenwärtigen Maschinenarbeiter-Streik als Vor-  
wand für eine allgemeine Ausperierung aller in der Holz-  
industrie beschäftigten Arbeiter zu benutzen. Das nächste Ziel der  
Unternehmer-Führer ist: eine Generalcastprobe zwischen Arbeit-  
gebern und Arbeitnehmern herbeizuführen mit dem ausgesprochenen  
Zweck, einerseits die verhassten Arbeiterorganisationen zu sprengen,  
andererseits die unbecommene Konkurrenz der Kleinunternehmer  
zu beseitigen, indem man letztere durch die Ausperierung  
wirtschaftlich ruiniert. Ob und inwieweit die Kleinunternehmer  
auf die ihnen durch die Zunahme der Lohnkriege, ist  
natürlich ihre Sache. Bislang haben sie den Ausperierungsbefehlen  
nur in den allerwenigsten Fällen Folge geleistet, weil sie jeden  
mühen, daß selbst die Hauptkrisen in dem Streik ihre eignen Be-  
schlüsse nicht hielten, sondern unter der Hand alle Anstrengungen  
machten, um Arbeitskräfte zu bekommen und ihre Arbeiten fertig zu  
stellen. So kam es dem, daß eine ganze Anzahl der vom Streik  
eroder der partiellen Ausperierung betroffenen Firmen bereits un-  
geduldig wurden und ihren Führern zuriefen: „Geht und unse  
Maschinenarbeiter wieder. Dieses immer stärker werdende Drängen  
nach Frieden kam den Zunahme-Scharmachern natürlich sehr ungelegen.  
Eine Versammlung folgte der anderen, um die Wankenden in ihrer  
Haltung wieder zu festigen und ihnen immer von neuem die ver-  
meintlichen Vorteile einer General-Ausperierung pflaustel zu machen.  
Am Montagabend hatten die Holzindustriellen abermals eine der-  
artige Versammlung in den Konfordinaleen. Die Meinungen waren  
unter den Fabrikanten und Meistern sehr geteilt. Die einen erklärten  
sich für die Ausperierung, die anderen wünschten offen eine Beendigung  
des Streiks eventuell Anbahnung von Verhandlungen. Wohl ein  
halbes Duzend Resolutionen waren eingelaufen, von denen dann  
schließlich die Vorstandesresolution Annahme fand. Sie besagt: Die  
Versammlung beschließt, sämtliche Lohnforderungen der an Holz-  
bearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter als frivole und un-  
gerechtfertigte abzulehnen und spricht dem Vorstände  
für die in diesem Kampfe geleistete Arbeit den warmsten Dank  
aus. Sie verpflichtet sich ferner, alle Arbeiter, die im Accord-  
verhältnis stehen und ihre Arbeit wegen Mangel an Maschinenarbeit  
nicht fertigstellen können, sofort zu entlassen. Neue Arbeiter  
dürfen nicht eingestellt werden. Sollten die Maschinen-  
arbeiter nicht spätestens bis Freitag dieser Woche  
die Arbeit wieder aufnehmen, so sind 25 Proz.  
sämmtlicher Arbeiter vorläufig auszusperrern.  
Weitere Maßregeln bleiben dem Vorstände überlassen. — Sollte  
dieser Beschluß zur Ausführung gebracht werden, so würden damit  
ca. 6000 Holzarbeiter in frivoler Art aufs Pflaster geworfen. Die  
beteiligten Arbeiterorganisationen sehen der Verwirklichung dieses  
geplanten Gewalttates jedoch in aller Ruhe entgegen, sie werden  
den Arbeitgeber bereits in den nächsten Tagen die passende  
Antwort geben.

Heute, Mittwochsabend, findet im Lokale „Königsbau“, Große  
Straß. 117, eine Generalversammlung des  
Verbandes der an Holzbearbeitungsmaschinen  
beschäftigten Arbeiter statt, in welcher über den weiteren  
Verlauf der Bewegung berichtet wird.

Herr Mahardt an der Arbeit. Endlich ist es Herrn Mahardt und  
Genossen gelungen, die Tischlermeister zu einem Ausperierungs-  
beschluß zu bewegen. 25 Prozent der Berliner Tischler sollen aus-  
gesperrt werden, und warum? Angeblich, dadurch den Holzarbeiter-  
Verband zu veranlassen, auf den Verband der Maschinenarbeiter  
einen Druck dahingehend auszuüben, daß der Maschinenarbeiter-  
Verband seine Forderungen zurückzieht. Grobartige Idee. Und die  
kleinen Meister fallen auf diesen Schwindel herein. Die großen  
Betriebe mit Maschineneinrichtung arbeiten, soweit sie Streikbrecher  
haben oder sonstige Elemente, die Maschinen bedienen, weiter und  
reichen so langsam die ganze Kundschaft an sich. Doch Herr  
Mahardt läßt nicht nur ganz unbeteiligte  
aussperrern, er verlangt auch den Boykott derjenigen  
Freiwilligen, die sich weigern, den aller Vernunft jahn-  
sprechenden Anordnungen zu folgen. Herr M. versendet Karten  
folgenden Inhalts:

Unser Bureau wird von allen Seiten bestürmt und das strikte  
Verlangen gestellt, Sie auf das allerdringendste zu ersuchen, daß  
der p. Schulz, Belle-Alliancestr. 84, aus Ihrem Betriebe Arbeit  
nicht mehr erhalten möchte. Ich halte es daher für meine Pflicht,  
Ihnen sehr verehrt Herr ... den Wunsch der Allgemeinheit mit  
der Bitte zu unterbreiten, das Erforderliche baldigt veranlassen  
zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung  
Rahardt.

Für das organisierte Arbeitgebetum das Recht, unbeteiligte  
Arbeiter auszusperrern und deren Familien dem Hunger zu überliefern,  
weiter das Recht, unbotmäßige Arbeitgeber zu boykottieren und für  
die Arbeiter Bestrafung des Streikpostenstehens, Vernichtung des  
Koalitionsrechts. Kühne Pläne. Doch die organisierte Arbeiterschaft  
kann die Absichten der Herren Mahardt und Genossen, leimt ihre  
Bestrebungen und wird einen Barmutztröpfchen in den feurigen Wein  
der Herren gießen.

**Lohnbewegung der Schuhmacher.** Mit der Frage, ob der Mindest-  
lohnartittel eines Generalstreiks durchgeführt werden  
soll, beschäftigte sich am Montag eine gut besuchte Versammlung der  
Schuhmachergesellen, welche in Besohnsalstalten und bei Kleinmeistern  
arbeiten. Der Referent Herrmann sagte unter anderem: Bereits im  
Jahre 1901 sei ja mit der Zunahme ein Minimallohnartittel vereinbart  
worden. Trotzdem hätten aber wenig Arbeitgeber die Lohnsätze  
des Tarifs bezahlt. Recht traurig sei die Entlohnung in  
den Besohnsalstalten, die sich gegenseitig eine wahre Schmutz-  
konkurrenz machten, auf Kosten des Materials und der Arbeitskräfte.  
Während man vor Jahren für Sohlen und Absätze 1,25 M. Lohn  
erhalten habe, würden heute offer 90 Pf., in den meisten Fällen nur  
70 Pf. gezahlt, und es sei festgestellt, daß Kollegen Sohlen und Ab-  
sätze schon für 64 Pf. hätten arbeiten müssen. Und in den meisten  
Besohnsalstalten seien dazu die Kollegen nicht einmal in der Lage,  
ihre Arbeitskraft richtig auszumengen. In diesem Jahre  
müsse versucht werden, den schon vor zwei Jahren  
mit der Zunahme vereinbarten Tarif allgemein zur  
Anerkennung zu bringen, eventuell durch einen Generalstreik, durch  
welchen die Zunahme zu zwingen wäre, vor dem Einigungsamt rechts-  
verbindliche Verträge abzuschließen. Um eine wirksame Kontrolle  
der Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und das Ertrugene zu  
sichern, müsse die Kollegenchaft den Arbeitsnachweis in ihre Hand  
nehmen. Auszuschließen wäre dann von der Vermittelung, wer sich  
nicht verpflichtet, die Bedingungen imeszuhalten. Auf eine  
solche Bedingung habe die Zunahme vor zwei Jahren nicht  
eingehen wollen. Weiter wäre die Abschaffung der Kontrollbücher zu  
fordern. Neben schloß mit einem Aufruf zum Anschluß an die  
Organisation und empfahl folgende Resolution: Die Versammlung  
der bei Kleinmeistern und in Besohnsalstalten beschäftigten Schuh-  
macher erklärt, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß in diesem  
Jahre der mit der Zunahme vereinbarte Minimallohnartittel zur vollen  
Durchführung gelangt. Zu diesem Zwecke beauftragt die Versammlung  
die Agitationskommission des Vereins deutscher Schuhmacher, alle  
Vorbereitungen zu einer allgemeinen Streikbewegung zu treffen und  
namentlich zur geeigneten Zeit, spätestens jedoch am zweiten Montag nach  
Ostern, die Einberufung einer größeren Schuhmacherverammlung zu ver-  
anlassen, welche über die Form und den Tag der Arbeitsniederlegung zu  
beschließen hat. Die Versammlung verpflichtet sich, überall für die  
Organisation und die Streikbewegung zu wirken.“ Nach einer leb-  
haften Debatte über die vielen und schweren Mißstände in den  
Kleinbetrieben, in deren Verlauf auch darauf verwiesen wurde, daß

sich die Polizei um die häufige verbotswidrige Sonntagsarbeit gar  
nicht kümmere, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Be-  
schlossen wurde ferner, in den Lohnartittel die freie Futturenlieferung  
seitens der Meister aufzunehmen.

**Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Drahtarbeiter** wurde  
in der Versammlung, die am Montag über die Lohnbewegung be-  
schluß faßte, unter anderem gesagt: Junge gelernte Arbeiter müssen  
sich mit Stundenlöhnen von 40 oder 35 Pf. begnügen. Hilfsarbeiter  
werden meistens mit 25, ja sogar mit 20 Pf. pro Stunde entlohnt.  
Im Accordverhältnis stehende Arbeiter müssen ihre Kräfte in der  
intensivsten Weise anstrengen, um nur einen halbwegs auskömmlichen  
Verdienst zu erzielen. Die Arbeitszeit beträgt vielfach noch  
zehn Stunden. Zu diesen wenig erquicklichen Verhältnissen  
hat wesentlich der Konkurrenzreiz der bedeutendsten Großfirmen  
E. Lärm u. Gebr. Ludwig und Paul Heinze mit beigetragen.  
Sobald die Arbeiter der einen Firma wegen Aufbesserung der Löhne  
vorstellig wurden, berief sich der Chef auf die Konkurrenzfirma.  
Infolgedessen soll jetzt einmütig auf der ganzen Linie vorgegangen  
werden. — Daß auch die Arbeitgeber den Ernst der Situation er-  
kannt haben, beweist ihr persönliches Erscheinen vor dem Versammlungs-  
lokal. Jedenfalls hatten sie ein derartig geschlossenes Vorgehen  
ihrer Arbeiter nicht erwartet. Sie traten dem auch in einem  
Reberzimmer desselben Lokals zu einer schleunigen Beratung zu-  
sammen, woselbst verschiedene von ihnen die Arbeiterforderungen als  
größtenteils berechtigt anerkannten.

**Zum Streik der Leitergerüst-Bauarbeiter** ist zu berichten, daß bis  
Dienstagnacht weitere neun Firmen den neuen Tarif bewilligt  
haben. Es haben somit sechs Firmen, und zwar Runk u. Co., Adolf  
Machule, Dreiling u. Sohn, A. Weisenhagen, Hartleb und S. Weisen-  
hagen mit insgesamt 228 Arbeitern bewilligt, wozugehen bei den  
Firmen Guttsche (Friedmann), Krndt u. Co., H. Nag, Hiele und Ernst  
Krdt mit zusammen 65 Arbeitern eine Einigung noch nicht erzielt  
werden konnte. Da von den letzteren bereits 33 Mann bei den  
Firmen Guttsche bewilligt haben ein Unterkommen fanden, so sind zur  
Zeit noch 32 Streikende zu verzeichnen. Es sieht zu erwarten, daß  
auch bei den ausstehenden Firmen in nächster Zeit eine Einigung er-  
zielt wird. Die Firma Guttsche hat durch Annonce im „Lokal-Anzeiger“  
50 Arbeiter gesucht und haben sich daraufhin 5 Zimmerer als  
Streikbrecher gefunden. Bei der Firma Nag haben sich 5 Dach-  
beder dazu bereit, Streikbrecherarbeiten zu leisten. Bei der Firma  
Stadmann haben 5 Mann, welche sich dem Verbands der Handels-  
transport- und Verkehrsarbeiter angeschlossen hatten, um in die  
Lohnbewegung mit einzutreten, ihren Vertrauensmann im Stich ge-  
lassen und arbeiten zu dem alten Lohn weiter. Im übrigen haben  
sich Streikbrecher aus den Reihen der Streikenden nicht gefunden.

Achtung, Zimmerer! Gemäß den Bestimmungen dieses neuen  
Vertrages tritt am Mittwoch, den 1. April d. J., eine Lohnhöhung  
von 2 1/2 Pf. pro Stunde ein. Der Einheitslohn beträgt abdam  
67 1/2 Pf. für die Stunde. Wir machen darauf aufmerksam und  
ersuchen alle Zimmerer, welchen diese vereinbarte Lohnhöhung vor-  
erhalten wird, dem Bureau des Zentralverbandes, Gewerkschafts-  
haus, Engel-Allee 15, Zimmer 32, Herrnverstr. 16/17, R. 789,  
unverzüglich Mitteilung zu machen. Die Verbandsleitung.

**Metallarbeiter.** Wir werden ersucht mitzutheilen, daß die in den  
letzten Tagen als gesperrt bekannt gegebene Firma Hartung nicht  
die Eisenwerke Hugo Hartung, Bielefeldstr. 16/17, ist, sondern die  
„Berliner Gießerei- und Eisengießerei Hugo Hartung A.-G.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Russlands Note an Bulgarien.

Wien, 31. März. (B. L. Z.) Wie die „Politische Korrespondenz“  
erfährt, richtete das Petersburger Kabinett eine neuerliche Note an  
die bulgarische Regierung bezüglich der macedonischen An-  
gelegenheit, in welcher darauf hingewiesen wird, daß  
die von Russland und Oesterreich-Ungarn vorgeschlagenen Reformen  
dem jetzigen politischen Verhältnis durchaus angemessen seien. Der  
Durchführung der Reformen würde jedoch durch die fort-  
gesetzten Unruhen der macedonischen Komitees Hindernisse  
bereitet. Die Verantwortung für die Weiterentwicklung der  
Dinge würde auf Bulgarien fallen, falls es ungeachtet  
der wiederholten Warnungen die Störungen der Ordnung auf dem  
Balkan unterlassen sollte. Die russische Regierung werde an dem  
im Regierungsbotschaft verübtigten Grundsatze absolut festhalten.

### Die Judenkonvention.

Brüssel, 31. März. (B. L. Z.) Die Regierung hat mit den  
Signatarmächten der Judenkonvention Verhandlungen eingeleitet  
zum Zweck der Ernennung von Delegierten zu der ständigen  
internationalen Kommission, deren Aufgabe die Ueberwachung der  
Ausführung der Konvention vom 5. März 1903 sein soll. Die  
Kommission wird in den ersten Tagen des Mai zusammentreten.

### Arbeiterausperrung.

Zürich, 31. März. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Die  
bisher angebrohte Ausperrung von 4500 Arbeitern wird  
nunmehr perfekt, nachdem eine angebrohte Einigung gescheitert ist.

Straßburg, 31. März. (B. L. Z.) Die „Straßb. Bürgerztg.“ ver-  
zeichnet das Gerücht, daß der Statthalter von Elsaß-  
Lothringen, Fürst Hohenlohe-Langenburg, im nächsten Jahre  
seinen Abschied zu nehmen gedenke. Die Frage des Rücktritts  
des reichsständischen Statthalters werde anlässlich der Nordlandreise  
des Kaisers, an welcher der Fürst teilnehme, zum Austrag kommen.  
Als Nachfolger des Fürsten sei der Schwager des Kaisers, Prinz  
Adolf zu Schaumburg-Lippe, in Aussicht genommen.

Paris, 31. März. (B. L. Z.) Das Schwurgericht beurteilte  
heute den Mörder des deutschen Arztes Dr. Ordensheim,  
den früheren Postbeamten Chabancir, zu lebenslänglichem  
Zuchthaus.

Belgrad, 31. März. (B. L. Z.) Das Blatt „Stampa“ meldet,  
es habe heute aus Petrovica (Serbien) eine Privatnachricht er-  
halten, nach welcher Plaffen von Albanen die Stadt Petrovica  
unruhig haben und die Entzerrung des russischen Konsuls fordern.  
London, 31. März. (B. L. Z.) Unterhaus. Die Vorlage, welche  
den Verkauf von mehr als 20 Proz. Wasser enthaltender Futter ver-  
bietet, wurde heute in zweiter Lesung angenommen.

Petersburg, 31. März. (Melbung der „Russ. Telegr.-Agentur“.) Aus  
sicherer Quelle wird mitgeteilt, daß am 30. März Kranaten die Stadt  
Petrovica überfielen, aber nach zweifandigen Kampfe von den türkischen  
Truppen mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Die  
türkische Regierung entsandte aus dem Vilajet Aidin eine Division  
Truppen nach Albanien. In Sindjak auf die Kranatenmützen ist dem  
russischen Vorposten in Konstantinopel aufgetragen worden, bei der  
Pforte energische Vorstellungen zu machen, daß sie die Unbotmäßige-  
keit der Albanen im Janne halte.

New York, 30. März. (Lafkan.) Der von den Arbeitern der  
Brückenbauereien angekündigte Streik droht zu einer Krise  
für die gesamte amerikanische Brückenbau-Industrie zu  
werden. 25 000 Arbeiter verlangen teils Lohnhöhung, teils  
Ausschluß der nicht einer Gewerkschaft angehörigen Arbeiter.  
Am Ernstesten ist die Streikbewegung bei der American Bridge  
Company, bei welcher 5000 Mann die Arbeit einstellen, wodurch  
gleichzeitig die Arbeiten an zahlreichen wichtigen Bauten zum Still-  
stand gebracht sind. Falls der Streik sich auf alle Betriebszüge  
der American Bridge Company ausdehnen sollte, würden nach einer  
Erklärung des Vorsitzenden der Arbeitervereingung im ganzen Lande  
200 000 Mann feiern.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom Dienstag, den 31. März.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Die Vorlage betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern...

Es folgt die Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Langerhans (fr. Sp.) und Dr. Barth-Niel betr. die Einführung der fakultativen Feuerbestattung.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.) begründet den Antrag mit ästhetischen und sanitären Gründen.

Abg. Schall (l.) belämpft den Antrag. Er bestreitet, daß sanitäre Gründe gegen die Erdbestattung sprächen. Eine Landbestattung habe die Feuerbestattung nicht im Gefolge...

Abg. Dr. Dietrich (C.) erklärt sich namens des Centrums gegen den Antrag.

Abg. Dr. Wartens (natl.) spricht sich kurz für den Antrag aus.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß der Antrag nur Toleranz für diejenigen verlange, die sich durch Feuerbestatten lassen wollen.

Ein Regierungskommissar erklärt, die Regierung sehe keine Veranlassung, ihren abweichenden Standpunkt zu ändern.

Abg. Ehlers (fr. Sp.): Es ist eine ganz unbegründete Behauptung, daß die Anhänger der Feuerbestattung das christliche Gefühl mit dem Verlangen nach Verbrennung verlegen.

Der Regierungskommissar erklärt, daß er nicht im entferntesten den Anhängern der Feuerbestattung den Vorwurf gemacht habe, sie verlegten das christliche Gefühl oder wollten es verletzen.

Hiermit schließt die Diskussion.

In seinem Schlusswort polemisiert Abg. Dr. Langerhans gegen den Abg. Schall.

Präsident v. Kröcher erklärt den Ausdruck, Abg. Schall habe Late behauptet, für parlamentarisch unzulässig.

Der Antrag Langerhans-Barth wird abgelehnt, außer den Freisinnigen stimmen die Nationalliberalen und ein Teil der Freikonfessionellen dafür.

Es folgt die Beratung von Petitionen. Eine Petition um Einführung des Weichzwangs für ländliche Fortbildungsschulen und um Einführung einer Altersversorgung für Seemannen wird als Material überwiesen...

Nächste Sitzung: Dienstag, den 21. April 12 Uhr: Wahlprüfungen, Nachtragetat, Anträge Weiche u. Kinder. Schluß 2 Uhr.

Herrenhaus.

1. Plenar-Sitzung am 31. März 1903, 1 Uhr.

Im Ministerium: B u d d e, Kommissar.

Präsident führt zu Weid eröffnet die Sitzung.

Die Vorlage über die Landesstrauer wird in einmütiger Schlußberatung unbeanstandet angenommen.

Die Denkschrift über die Thätigkeit der Ansedelungskommission wurde durch Anerkennung erledigt.

Eine Petition des Magistrats und der Stadtverordneten von Charlottenburg um Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischveretterung beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Landwirtschaftsminister v. Bobbielski: Im vorigen Jahre konnte von einer Fleischsteuerung, die namentlich das Schweinefleisch ergreifen hätte, die Rede sein. Jetzt nicht mehr. Es ist ein Preissturz erfolgt.

Überbürgermeister Weider-Breslau bestritt, daß jemand die Öffnung sämtlicher Grenzen verlangt habe. Die sprunghafte Fleischveretterung sei aber Thatsache und auch jetzt noch nicht ganz abgeklungen.

Auch der Zwischenhandel ist nicht schuld. In Breslau haben wir ganz sichere Erhebungen veranstaltet. Die Detailpreise richten sich gegen die Marktpreise.

Landwirtschaftsminister Bobbielski führt aus, daß in Breslau die Detailpreise vom September bis Februar für Schweinefleisch konstant 150 Pf. pro Rilo betragen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Stadtberatung). Schluß 5/4 Uhr.

Zweiter Bauarbeiterkongress.

Zweiter Verhandlungstag.

Berlin, den 31. März.

Die Sitzung wird um 9 Uhr von Bömelburg eröffnet. Er teilt mit, daß die Tagung ohne Pause zu Ende geführt werden soll.

Die Redezeit für Diskussionsredner, bisher 20 Minuten, wird auf 15 Minuten beschränkt.

Knäpfer-Berlin berichtet im Namen der Mandatsprüfungskommission. Vertreten sind 14 Gewerkschaften mit 834 Mandaten aus 719 Orten durch 437 Delegierte.

Die gestern abgebrochene Diskussion wird fortgesetzt, wobei die Vertreter der einzelnen Gewerbe aus verschiedenen Teilen des Reiches die Mangelhaftigkeit des Arbeiterchutzes unter Vorführung zahlreicher drastischer Beispiele schildern.

Maurer Stolle-Stuttgart bemerkt, daß die Dinge in Württemberg das ja als demokratisches Land gilt, in mancher Beziehung anders lägen, als in Norddeutschland.

Walter Linl-Berlin verlangt auch bei Weiden Schutz-einrichtungen, um die Arbeiter vor dem Grabstürgen zu bewahren. Weiter betont er, daß die Walter von den Schutzbestimmungen ausgenommen sind.

Maurer Merkel-Nürnberg: In Bayern ist die Regierung zu ihrer Verordnung nicht durch unsere Organisationen gedrängt worden, sondern durch die große Zahl der Unfälle.

Maurer Streine-Dresden bemerkt, daß in Sachsen das scheinbar arbeiterfreundliche Vorgehen dem Versuch entspringt, die wegen der Vererbung des Wahlerichtes empörten Arbeiter zu versöhnen.

Leitgerüst-Arbeiter Walter-Berlin begründet einen Antrag, der einheitliche Vorschriften für alle Leitgerüst-Gelüste sowie besondere Vorschriften für Leiterrüstungen verlangt.

Das Wort erhält für die Redaktionskommission Gen. Anoll, welcher darüber berichtet, welche Anträge die Kommission als durch die Resolution erledigt erklärt und welche sie der Resolution einzufigen empfiehlt.

Es sind das die gestern von Bringmann beantragten, auf die Zimmer- und Holzplatz bezüglichen Einschließungen a) und b), sowie der auch schon gestern mitgeteilte von Anoll beantragte Zusatz auf Veröffentlichung der behördlichen Berichte in den Gewerkschaftsblättern.

Werden fremdsprachliche Arbeiter in verhältnismäßig größerer Zahl auf Bauten beschäftigt, so sind diese Vorschriften auch in der entsprechenden fremden Sprache zu veröffentlichen.

Werden Bauten außerhalb ausgeführt (Ueberlandarbeit) und müssen die Arbeiter infolge der Entfernung übernachten, so sind Schlafräume mit Betten zur Verfügung zu stellen.

Diese Zusätze und dann die ganze Resolution werden einstimmig angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Lohnausfall in Bauverträgen erhält das Wort der Referent Dentschall-Hamburg.

Er geht dann ausführlicher auf das Submissionswesen ein, das zu einer übermäßigen Ausbeutung der Arbeiter führt und zerstörend auf die Volksgesundheit wirkt.

In Bezug auf die Lohnausfall schildert Redner die Verhältnisse der Arbeiter während der kapitalistischen Entwicklung Englands

und geht dann auf die noch recht rückständigen Verhältnisse in Deutschland über. Wir müssen bei den Unternehmern auf korporative Arbeitsverträge dringen; bei den Behörden müssen wir unablässig die Aufnahme der Lohnausfall fordern.

Ohne Debatte wird alsdann folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Erwägung, daß im Submissionsverfahren vielfach Preisangebote gemacht werden, die eine richtige Kalkulation der Geschäftslage, insbesondere der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, völlig vernachlässigen lassen;

in weiterer Erwägung, daß in den vorbezeichneten Fällen die Uebernehmer der Arbeiten und Lieferungen fast immer das Bestreben haben, um auf ihre Kosten zu kommen, die Löhne der Arbeiter zu drücken und die Arbeitsbedingungen allgemein zu verschlechtern;

und in weiterer Erwägung, daß den Verwaltungsbehörden des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunen die Pflicht zugewiesen werden muß, mit gutem Beispiel voranzugehen und bei der Ausführung von öffentlichen Arbeiten jede von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, fordert der Kongress:

- 1. Die bauenden Behörden sind seitens der in Betracht kommenden Faktoren zu veranlassen, die öffentlichen Bauten in eigener Regie auszuführen. Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Bauarbeiter-Organisationen gutachtlich zu hören. In keinem Falle darf mit dem Lohn unter das von den betreffenden Gewerkschaften festgesetzte Minimum herabgegangen, ebensowenig darf die Arbeitszeit überschritten werden. 2. Soweit das Submissionsverfahren sich zur Zeit noch nicht umgekehrt, oder soweit sonst Arbeiten und Lieferungen an Unternehmer vergeben werden, sind die Behörden zu verpflichten, in die Submissionsbedingungen und Lieferungsverträge folgende Klausel aufzunehmen und zur Geltung zu bringen:

„Der Uebernehmer ist verpflichtet, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau einzuhalten, oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als verbindlich für sich anzuerkennen.“

3. Tauschen Meinungsverschiedenheiten über die allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auf, so hat die Baubehörde ein Gutachten der in Betracht kommenden Arbeitervertreter bzw. Arbeiterkorporationen einzufordern.

Der zweite Bauarbeiterkongress fordert die Bauarbeiter aller Branchen bzw. alle Bauarbeiter-Organisationen dringend auf, für die praktische Durchführung der Lohnausfall recht energisch thätig zu sein.

Die noch vorliegenden Anträge werden nach den Vorschlägen der Redaktionskommission erledigt. Ein Teil ist bereits durch die angenommenen Resolutionen erledigt. Zur Annahme gelangt folgende von der Centralkommission beantragte Resolution:

- 1. Die Ausführung der Kongressbeschlüsse und Erledigung aller mit der Förderung des Bauarbeiterchutzes zusammenhängenden Aufgaben ist Sache der Centralkommission für Bauarbeiterchutzes in Hamburg. Die Wahl derselben haben die Centralvorstände derjenigen Verbände vorzunehmen, welche an der Bauarbeiterchutzes-Bewegung beteiligt sind. 2. Zur Unterstützung der Centralkommission sind die örtlichen Zweigvereine (Zirkale, Zahlstellen) der bauarbeiterlichen Verbände verpflichtet und sind zu diesem Zweck Lokalkommissionen für Bauarbeiterchutzes einzusetzen. 3. Sofern für einen Bundesstaat resp. für einen größeren Landesteil im Interesse des Bauarbeiterchutzes gemeinsame Aktionen sich notwendig machen, dann sind zur Leitung derselben von der Centralkommission, in Verbindung mit den für den betreffenden Bezirk in Betracht kommenden Agitationskommissionen resp. Bauvorständen der Verbände, die entsprechenden Einrichtungen zu treffen. 4. Für die Bauarbeiterchutzes-Bewegung werden besondere Beiträge nicht erhoben. Die Ankosten der Centralkommission sind auf die beteiligten Verbände im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl anzulegen; die Ankosten der Lokalkommissionen haben die an denselben teilnehmenden Zweigvereine resp. Zahlstellen aus ihren Lokalkassen zu bestreiten. 5. Aufwendungen für gemeinsame Aktionen (Ziffer 3) werden aus den Mitteln der Centralkommission gedeckt. Ausgenommen hiervon sind die Delegationskosten zu etwaigen Konferenzen, welche von denjenigen zu zahlen sind, die die Delegation entsenden.

Angenommen wird weiter folgende von Paepflow, Bringmann, Anoll beantragte Resolution:

„Unbeschadet der prinzipiellen Forderung der deutschen Bauarbeiterchutzes, daß die Reichs-Gesetzgebung für den ausreichenden Bauarbeiterchutzes Sorge zu tragen hat, verpflichtet der zweite Bauarbeiterchutzes-Kongress die Bauarbeiter aller Branchen, die Selbsthilfe kräftigst zu gebrauchen.“

Der Kongress erachtet die in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Mitglieder dazu anzuhalten, daß die Beseitigung aller Mißstände ganz energisch betrieben wird.“

Weiter wird eine von Marx, Wenker, Linl beantragte Resolution angenommen, wonach der Kongress die Forderung: „Verbot der Verwendung aller bleibhaltigen Farben“ zu der seinigen macht, des ferneren ein Antrag des Verbandes der Steinseger, Pflasterer und verwandten Berufsgenossen, welcher die Ausdehnung des sanitären Schutzes im Baugewerbe auf die Arbeiter des Straßenaufbaus verlangt.

Der Centralkommission als Material überwiesen werden die Anträge der Bauhandwerker Dresden gegen die Accordarbeit, der Glaser auf Unfallversicherungs-Vorrichtungen bei Dacharbeitern, der Maurer in Langenbielau gegen die Lehrlingsausbeutung, der Metallarbeiter in Pant auf Herausgabe einheitlich geregelter Fragebogen, der Jalousie-Arbeiter auf Anbringung von Schutzgeräten bei Arbeiten an unfertigen Fenstern, der Siphonreparatur auf Anstellung transportabler Aborte, der Leitgerüst-Arbeiter auf Erlass einheitlicher Vorschriften und einer Reihe von Schutzbestimmungen, sowie ein Antrag, nach welchem für den Lohn der Bauarbeiter der Bauherren, Bauausführer und Vorgesetzten, bei Verlauf des Baues während der Ausführung für die Lohnforderungen der letzten 14 Tagen auch der Käufer haften soll, und eine von Diezner, Gurtische, Grohmann beantragte Resolution, die besondere Bestimmungen für die Arbeiten von Klempnern, Schlossern und Rohrlegern verlangt.

Zur Veranschaulichung überwiesen wird der Centralkommission ein Antrag der Maurer in Kiel, die socialdemokratische Fraktion zu ersuchen baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt werden müssen.

Zur Erwägung überwiesen wird ein Antrag einer Bauarbeiter-Verammlung in Wandsbeck, welcher eine Petition an die Reichsregierung behufs Schaffung eines Reichs-Baupolizei-Gesetzes verlangt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Wort erhält als Vertreter der socialdemokratischen Fraktion Genosse Zubeil. Derselbe giebt im Namen der Fraktion der Freunde über den herzlichen Empfang und die erholten Anregungen zur weiteren Arbeit Ausdruck. Er knüpft daran den Wunsch an die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß die 130000 Bauarbeiter in ihre Organisationen gelangen; dann bilden sie eine unüberwind-

habe Macht. Wenn Sie nicht länger Anbos bleiben wollen, so machen Sie alle ihre Verfügungen auf die große Frage, die am 16. Juni entschieden wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird im Reichstage ein deutliches Wort mit dem Großen Vorkämpfer reden, von dessen Hunderten von Räten nicht einer die Zeit hatte, hier zu erscheinen. Sie haben es in der Hand, sie für die nächste Legislaturperiode durch Ihre eignen Männer zu unterstützen. Auf zum Kampf für Ihre Organisationen, auf zum Kampf für die politische Organisation. (Lebhafter Beifall.)

Hömelburg hebt in seinem Schlusswort hervor, daß der Kongreß gezeigt habe, wie die Idee des Bauarbeiterschutzes immer weitere Kreise erfasse. Nach mehrenden Worten zur Aufstellung der Arbeiter für ihre eigene Interesse fährt er fort: Ich will den Kongreß nicht schließen, ohne auf die große Aufgabe der Arbeiter aufmerksam zu machen, die uns bevorsteht. Ich bin weit davon entfernt, jedem zu sagen: So hast Du politisch zu denken. Aber bei der Frage des Bauarbeiterschutzes und bei allen Fragen, die mehr oder weniger mit der Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes zusammenhängen, kann es keinen Zweifel darüber geben: die Stüge der Arbeiter war bisher einzig und allein die Sozialdemokratie, sie wird es auch in der Zukunft sein. Wir müssen am 16. Juni unsere Stimmen für die politische und wirtschaftliche Freiheit in die Waagschale legen und dafür sorgen, daß die Arbeiterbewegung ebenso handelt. Dazu sind wir verpflichtet in logischer Folgerung der von uns aufgestellten Forderungen und auf dem Kongreß gefassten Beschlüsse. (Lebhafter Beifall.) Ich schließe den Kongreß mit einem dreifachen Hoch auf die gesamte Arbeiterbewegung der Gewerkschaften und auf die gesamte politische Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, sie lebe hoch!

Die Anwesenden stimmen in den dreimaligen Hochrufen begeistert ein.

Der Kongreß wird um 2 1/2 Uhr geschlossen.

Zu unserem gestrigen Bericht bemerkt Diehl, daß weder die Gängeinne müße nicht angebracht, sondern abgeschafft werden. Auch die Sicherheitsleine ist nicht anzubringen, sondern die Unternehmer sind zu verpflichten, sie den Arbeitern auszuhandigen.

**Die 15. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer** wurde am Dienstag im großen Saale der Arminhallen um 1/2 7 Uhr abends von dem Verbandsvorsitzenden Schrader, Hamburg eröffnet. Vor der schon defektierten Lucretia des Saales war eine geschmackvolle Blumen- und Girandolen-Verzierung angebracht, aus welcher die Wästen eines alten Liebchens sowie von Marx und Lassalle hervorgehoben. Der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle, Witt, begrüßte die Delegierten, etwa 90, mit warmen Worten. In herzlicher Weise gab der alte Kollege Passy, der die 48er Bewegung mit durchlebt hat, seiner Freude Ausdruck über das rüstige Vorkommen der Arbeiterbewegung, das er seit seiner Rückkehr — er hat lange in Amerika gelebt — beobachtet.

Herzliche Grüße ausländischer Bruderorganisationen überbrachten Staßburg aus Prag (Böhmen), Verdost aus Amsterdam (Holland), Wesseln aus Wien (Österreich) und Petersen aus Kopenhagen (Dänemark).

Dann schritt man zur Konstituierung der Generalversammlung. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Schrader, Hamburg und Knäuper, Berlin, zu Schriftführern Feilenschmidt, Krause, Stittler. Außerdem wurde eine Mandatsprüfungs-Kommission von drei Mitgliedern gewählt.

Auf der Tagesordnung stehen neben der Berichterstattung der Verwaltungs- und Ueberwachungsorgane des Verbandes, der Berichterstattung vom Stuttgarter Gewerkschaftskongreß und geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl des Vororts, Regelung der Gehälter etc.) auch: unsere Lohnbewegung und die Arbeitslosenunterstützungs-Frage.

Um 8 Uhr wurde die Versammlung geschlossen, doch folgten die Delegierten der Einladung der Berliner Kollegen zu einem gemüthlichen Beisammensein, das vom Gesangsverein „Große Hoffnung“ stimmungsvoll eingeleitet wurde.

## Siebenter Verbandstag des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Der Verbandstag trat am Dienstagnachmittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen.

Die Tages-Ordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren, des Ausschusses und der Redaktion des „Grundstein“ über ihre Thätigkeit seit dem letzten Verbandstage. 2. Bericht über die Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. 3. Bildung und Bildungsmittel. 4. Unterstützung der Mitglieder in Krankheitsfällen. 5. Beratung der auf Statutenänderung vorliegenden Anträge. 6. Beratung der sonstigen Anträge. 7. Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Delegierten zum nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongreß.

Namens der Berliner Kollegen entbietet Silberschmidt den Delegierten und Gästen ein herzliches Willkommen und schließt, nachdem er den Wunsch ausgesprochen, daß auch der diesjährige Verbandstag der Organisation zum Nutzen gereichen möge, mit einem Hoch auf den Verband. Hierauf wird der Verbandstag mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Tagesordnung von Hömelburg eröffnet.

In das Bureau werden gewählt: Hömelburg, Silberschmidt und Beyer als Vorsitzende, Riele, P. Singer, Wendler, Hanke, Gense und Schen als Schriftführer. In die Reaktions-Kommission werden Paepow, Stoffe, Panzer und in die Mandatsprüfungs-Kommission Rabe, Schwarz, Schulz, Hüttmann, Kober und Lübbring gewählt.

Hierauf übermitteln die ausländischen Vertreter dem Verbandstage die herzlichsten Grüße. Für die Maurer bezw. Bauarbeiter Österreich-Ungarns, Italiens und der Schweiz sprach Rader, Wien, für Skandinavien Rauffen, Kopenhagen, für Holland Drevis, Amsterdam. Die Redner dankten für die bisher bewiesene Solidarität und versprachen, daß diese auch überreicht geübt werden wird, denn trotz der Verschiedenheit der Sprachen, welche zwar eine Verständigung erschwert, dürfe es für die Arbeiter keine Grenze geben und müsse sie alle das Band der Solidarität umschlingen. — Hömelburg erwiderte in längeren Ausführungen, wobei er die Notwendigkeit enger internationaler Beziehungen betonte und die Vertreter der ausländischen Berufs-genossen herzlich willkommen hieß.

Nach Verlesung der eingegangenen Begrüßungs-Telegramme und nach Erledigung einiger geschäftlichen Mitteilungen wurde die erste Sitzung geschlossen.

## Neunte Generalversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Cünder und Weißbinder Deutschlands.

Am Dienstagnachmittag wurden die Verhandlungen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Sitzungsraum ist mit den Emblemen des Berufes und sonstigen künstlerischen Darstellungen geschmückt, die zum größten Teile sich an den modernen Stil anlehnen. Den politischen Kollegen ist ein Willkommensplakat in ihrer Muttersprache gewidmet.

Der Vorsitzende begrüßte die Delegierten und die Vertreter der dänischen, österreichischen und schweizerischen Bruderorganisationen. Der diesjährige Verbandstag habe eine besondere Bedeutung für die Organisation, da von Berlin aus schon im Jahre 1877 die ersten Anzeigen zur Errichtung eines Centralverbandes ausgegangen sind.

Der 1. April 1877 sei auch der Geburtstag des Fachorgans. Damals sei man zufrieden gewesen, wenn das Blatt 1000 Abonnenten haben würde, heute hat dasselbe 20000 Leser aufzuweisen. Daran allein könne man das Wachstum der Organisation erkennen.

Vor wenigen Jahren haben allerdings sehr viele Kollegen geglaubt, daß es nicht möglich sein würde, jemals in Berlin eine Generalversammlung abzuhalten, da sich hier Ereignisse zugetragen haben, die bei der Organisation nicht in besonders gutem Andenken stehen. Auch diese Bedenken sind heute überwunden; heute marschieren die Filiale Berlin an der Spitze der Organisation.

Zur Leitung der Generalversammlung werden als Vorsitzende Paul Berlin und Töbler-Hamburg gewählt, als Schriftführer Achtmeyer-Braunschweig und Grünberg-Leipzig. Bei der Wahl der Statutenberatungs-Kommission erhebt sich eine ziemlich lebhaft Debatte über die Frage, ob auch Beamte der Organisation in derselben vertreten sein sollen.

Parteileitungen Berlin richtet begrüßende Worte an die Delegierten. Die Berliner Mitglieder haben u. a. einen gemeinsamen Besuch der Aufsehente Liebheds vorgeschlagen.

Sodann spricht der österreichische Delegierte Müller namens seiner Wähler die besten Wünsche für das Gelingen der Verhandlungen aus. Demselben schließen sich Staudt, Jürich und Boulsen-Dänemark an. Aus den Ausführungen des letzteren ist besonders hervorzuheben, daß der Stand der dänischen Organisation als ein sehr guter bezeichnet werden kann.

Die Mandats-Prüfungskommission berichtet, daß 51 Delegierte aus 44 Wahlbezirken, außerdem je ein Vertreter des Hauptvorstandes, des Ausschusses, der Redaktion und ein Mitglied der Prüfungs-Kommission auf dem Verbandstage anwesend sind.

Dann schließen die Verhandlungen des ersten Tages.

## Der siebente Verbandstag des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

wurde am Dienstagnachmittag 1/2 5 Uhr eröffnet. Der Verbandsvorsitzende Vehrensdorf, Hamburg führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß die wirtschaftliche Krise einen starken Druck auf die Organisation ausgeübt hat. Der Verband hat sich jedoch während der zwei seit dem vorigen Verbandstag verfloßenen Jahre innerlich gefestigt, was schon daraus hervorgeht, daß die Fluktuation der Mitglieder verhältnismäßig nicht so stark war wie früher. Anwesend sind 60 Delegierte und drei Mitglieder des Hauptvorstandes, sowie als Vertreter des Ausschusses Karl Krüger, Berlin und als Vertreter der Redaktion des „Arbeiter“ Albert Löffler, Hamburg.

Die vom Vorstandsvorsitzenden vorgeschlagene Tagesordnung, die acht Punkte aufweist, wurde ohne Änderung gutgeheißen. Der übrige Teil der Sitzung wurde im wesentlichen durch die Prüfung der Mandate ausgefüllt. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

In das Bureau des Verbandstages wurden als Vorsitzende Vehrensdorf, Hamburg und Haase-Dresden und als Schriftführer Pflieger, Buse, Böttcher und Ahrens gewählt.

## Sociales.

### Lehrlingswesen.

Den Vorschriften einer Handwerkskammer über die zulässige Zahl der Lehrlinge in den Betrieben des Kammerbezirks hat der preussische Handelsminister durch Verfügung vom 14. März die Genehmigung verweigert. Er hat dabei den berechtigten Grundsat aufgestellt, daß bei Erlaß solcher Vorschriften nicht die Rücksicht auf künstliche Wettbewerbverhältnisse maßgebend sein dürfen und demnach die Vorschriften nicht einfach darauf gerichtet sein dürfen, den Nachwuchs im Gewerbe einzuschränken, sondern es könne sich nach der Absicht des Gesetzes nur darum handeln, einer die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge gefährdenden übermäßigen Lehrlingshaltung entgegenzutreten. Allgemeine Vorschriften, überdies nur für einzelne Gewerbezweige, seien deshalb nur dort angebracht, wo solche Erscheinungen in weiterem Umfang vorzukommen pflegen. Im übrigen biete § 128 der Gewerbe-Ordnung die Handhabe, vereinzelte Fälle zu treffen.

### Som Recht der Ausländer auf Unfallrente.

Der erweiterte Senat des Reichs-Versicherungsamts hatte die prinzipielle Frage zu entscheiden, ob § 94 Ziffer 2 des neuen Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes auch auf Rentenempfänger anzuwenden ist, die unter dem alten Gesetz verunglückten. Nach § 94 Ziffer 2 ruht das Recht eines Ausländers auf Bezug einer Rente, so lange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Wohnsitz hat. Diese nach § 37 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes auch für die Bauarbeiter geltende Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesrats für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesetzgebung deutschen, durch einen Betriebsunfall betroffenen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge gewährt wird, außer Kraft gesetzt werden. Hieron hat der Bundesrat bezüglich Österreich, Ungarns und Italiens Gebrauch gemacht.

— Der alte § 39 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes kann nur das Recht des Rentenanspruchs eines Ausländers während seines Aufenthalts im Inlande. Die Lebensversicherungsgesellschaft glaubte, diesen alten Paragraphen auch noch nach dem am 1. Oktober 1900 erfolgten Inkrafttreten der neuen Gesetze unter den neuen Rechtsverhältnissen gegenüber einem italienischen Bauarbeiter anwenden zu können, weil er seine Rentenansprüche unter dem alten Rechtszustande in Deutschland erworben hatte. Der Verletzte Paolotti lehnte Anfang Januar 1902 nach Italien zurück und bald darauf stellte die Versicherungsgesellschaft die Rentenzahlung ein. Auf die Berufung P.s., den der italienische Konsul vertritt, beurteilte jedoch das Schiedsgericht die Versicherungsgesellschaft zur Weitergewährung der Rente. Es wäre das neue Recht anzuwenden, weil der Kläger erst unter dem neuen Rechtszustande nach Italien verzogen sei. Innerhalb wäre, daß der Unfall und die Renten-Zahlung unter dem alten Recht erfolgten. — Die Versicherungsgesellschaft legte Rekurs ein und machte geltend, die neuen Bestimmungen hätten keine rückwirkende Kraft auf Verletzte mit Ansprüchen aus der früheren Zeit, wo die jetzt durch Bundesratsbeschluß für Italiener und Österreicher geschaffene Ausnahme noch nicht möglich war.

Der erweiterte Senat des Reichs-Versicherungsamts unter dem Vorsitz des Präsidenten Hädel verwarf den Rekurs der Versicherungsgesellschaft mit folgender Begründung: Die Vorentscheidung sei zurechtend. In allen Fällen, wo nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes ein rentenberechtigter italienischer Arbeiter wieder nach dem Inlande verzöge, seien die Versicherungsgesellschaften mit Rücksicht auf die angeführten Bestimmungen in Verbindung mit dem Bundesrats-Beschluß nicht berechtigt, noch nach dem alten Gesetz zu verfahren. Das Urteil berührt natürlich auch die Österreicher.

Der Jahresbericht der Kölner Handelskammer äußert sich auch über die Lage der Arbeiter im Jahre 1902. Bei der Allgemeinen Arbeitsnachweis-Anstalt in Köln meldeten sich 43 583 Arbeitssuchende, 7393 mehr als im Jahre 1901; dagegen wurden nur 25 888 offene Stellen gemeldet. In dem Handelskammer-Bericht heißt es hierzu: „Wenn auch die Arbeitsnachweis-Anstalt von der Großindustrie unseres Bezirks nur in geringem Maße in Anspruch genommen wird, so läßt die ziemlich bedeutende Zunahme der Arbeitsuchenden doch erkennen, daß auch in unserem Bezirk die Arbeiter unter dem Druck des wirtschaftlichen Niederganges zu leiden hatten. Die hohen Lebensmittelpreise und besonders die das ganze Jahr hindurch hochstehenden Fleischpreise erschweren im Verein mit den teuren Wohnungsmieten Köln die Lage der Arbeiter empfindlich.“

**Straßbares Mitleid.** Ein Jagdpächter Alba hatte, veranlaßt durch einen Arbeiter, während der Schonzeit für Danawild einen Hirschen, dessen Hinterläufe durchschossen waren und der sich nur noch mühsam fortzuschleppen konnte, den Gnadenfuß geben und das Fleisch seinen Hunden überlassen. Er wurde deshalb auf Grund des § 5 des Schonzeitgesetzes angeklagt, wonach während der Schonzeit das in Frage kommende Wild nicht getötet werden darf. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch mit Rücksicht auf die obwaltenden Umstände frei, namentlich aber, weil es sich um eine That des Mitleids handle.

Das Kammergericht hob indessen auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil mit der Begründung auf, daß § 5 des angezogenen Gesetzes strikte auszulegen sei. Beim Verbot des Tötens unterseide die Bestimmung nicht zwischen gesunden und kranken Tieren, der Angeklagte müsse deshalb bestraft werden. Zur Feststellung der Strafe wurde die Sache an das Landgericht zurückverwiesen.

**Die freien Religionsgemeinschaften (Freigemeinden)** der dänisch sprechenden Bevölkerung in Danland und Habersleben führen seit dem Jahre 1896 mit den Verwaltungsbehörden wegen der Benutzung und Benennung ihrer 1896/97 erbauten eignen Versammlungshäuser einen Kampf, der jetzt endgültig zu ihren Gunsten entschieden worden ist. Die Benutzung der Versammlungshäuser wurde ihnen seiner Zeit verboten, weil es Kirchen seien und deshalb für die Benutzung die staatliche Erlaubnis notwendig wäre. Im Verwaltungsstreit-Verfahren ersämpften sich die Gemeinden das Recht der Benutzung ohne staatliche Erlaubnis. Es würde ausgesprochen, sie seien Vereine und könnten sich wie jeder Verein in ihren Räumen beliebig versammeln. Nunmehr wurde ihren Vorstehern, dem Freigemeindeprediger Kausen und dem Banddirektor Anorsten, im Auftrage des Regierungspräsidenten verboten, die Versammlungshäuser Kirchen zu nennen. Die Beschwerde beim Oberpräsidenten hatte keinen Erfolg, worauf P. und A. beim Ober-Verwaltungsgericht klagten und hervorhoben, daß die Behörden ihre Versammlungshäuser ja früher selber Kirchen genannt hätten, auch die Kaufkonzeption den Ausdruck anwende. — Der Oberpräsident als Beklagter antwortete: Die Freigemeinden, die von den Klägern vertreten würden, seien Religionsgesellschaften ohne Korporationsrecht. Ihre Mitglieder hätten daher zwar, wie jeder Verein, Anspruch auf Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, sie ständen hierbei aber lediglich unter dem Roccinen des allgemein gültigen Rechts. Sie seien Vereine. Jeder Verein könne an sich keinen Vereinsraum bezog. „Hause einen beliebigen Namen geben und diesen öffentlich gebrauchen, sofern er nicht dadurch der polizeilich zu schützenden öffentlichen Ordnung zuwiderhandelt. Letzteres sei aber hier der Fall gewesen, indem man die Versammlungshäuser Kirchen nannte, ihnen eine Bezeichnung gab, die der Landeskirche (evangelischen und katholischen) vorbehalten sei. Das Verbot wäre deshalb gerechtfertigt.

Das Ober-Verwaltungsgericht, vor dem das Kultusministerium durch einen Regierungsrat und die Kläger durch Justizrat W. u. d. L. vertreten waren, hob den Bescheid des Oberpräsidenten auf und setzte die polizeilichen Verfügungen, durch welche der Gebrauch des Namens Kirche verboten worden war, außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Maßgebend sei, daß in Schleswig-Holstein die Bezeichnung „Kirche“ den gottesdienstlichen Gebäuden der ausdrücklich öffentlich aufgenommenen Religionsgesellschaften, der evangelischen und katholischen Kirche, nicht vorbehalten, sondern auch den gebildeten Religionsgemeinschaften, wie es die Freigemeinden seien, offiziell beigelegt worden sei. In diesem Rechtszustande sei nichts geändert durch Einführung der preussischen Verfassung oder durch die später in Wirksamkeit getretenen Gesetze.

**Arbeiter als Schulvorstands-Mitglieder.** Die Stadtverordneten-Versammlung zu Elberfeld nahm einen Antrag an, wonach dem Schulvorstand der neu errichteten Fortbildungsschule auch ein Vertreter der Arbeiterschaft angehören soll. Dieser ist von den Arbeitnehmer-Vertretern am Gewerbegericht aus ihrer Mitte zu wählen. Bei der Vorberatung des Regulativs für die Schule waren auch Vertreter der hiesigen Gewerkschaftskommission hinzugezogen worden.

**Der 11. internationale Kongreß für Hygiene und Demographie** wird vom 2. bis 8. September in Brüssel abgehalten. Hier fand 1892 der erste allgemeine hygienische Kongreß statt. Es folgten die von Paris, Genf, London, Haag, Turin, Wien, Budapest und Madrid. Der diesjährige Brüsseler Kongreß wird Fragen von großem sozialem Interesse behandeln; u. a. die Verhandlung der Diphtheritis durch Serum; Kampf gegen die Tuberkulose bei den Meisen und den Haustieren; die Hygiene in Industrie und Gewerbe; die Wurmkrankheit (der Bergarbeiter); sanitäre Maßnahmen in den Industrien, wo Jute und Blei verarbeitet wird; Hygiene der Hausindustrie; Wohnungsfrage; Hygiene des Kindes usw.

## Aus der frauenbewegung.

Die Frauen der Eisenbahnhafner in Augsburg sind der Betriebsdirektion auf die Wade gerückt und haben sich über die lange Dienstreit der Männer beschwert. Das ist eben so kennzeichnend für den Mut der Frauen wie für die klaglichen Verhältnisse bei den Staatsbahnen. Es kann nur die Angst vor Maßregelung sein, die die Männer veranlaßt, die Hülfe ihrer Ehefrauen zu solchem Schritt in Anspruch zu nehmen.

**Landesorganisation für Frauen-Wahlrecht in Schweden.** Vertreterinnen der Frauen-Wahlrechts-Vereine zu Stockholm, Göteborg, Lund, Ängelholm, Uppsala und Gäddede haben dieser Tage in Stockholm einen Kongreß abgehalten und beschloßen, eine Landesorganisation der Frauen-Wahlrechts-Vereine zu gründen. Der Sitz der Centralleitung der Landesorganisation ist in Stockholm.

Die Forderung des politischen Wahlrechts für die Frau hat in Schweden bei den Frauen aller Stände viele Anhängerinnen. Der Frauen-Wahlrechts-Verein in Stockholm hat nahezu 1000 Mitglieder, der in Göteborg 500. Neben diesen beiden sind seit Anfang dieses Jahres schon sieben neue Frauen-Wahlrechts-Vereine gegründet worden und mehrere andre sind in der Bildung begriffen.

**Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.** Besitzt Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Generalversammlung.

**Band 2 Marx**  
pro Woche Abzahlung. Barzelle 840 Meter 300 M., weltlicher Barock-Vorlese-, nur mündlich, verkauft Herronym, Blumenstraße 79. 10132\*

**Stepdecken**  
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alle Stepdecken aufgearbeitet werden.  
H. Strohmändel, Berlin 1.  
Illustrierter Preis-Katalog gratis.

**Tuchstoffe**  
Paletotstoffe — Cheviots, Reste sportbillig. — Molkenmarkt 12-13  
Tuchlager — Ecke zur Rippa.  
Carl Engel, „Ecke zur Rippa“.

**Reste**  
sur [768L]\*  
Damen - Mäntel - Konfektion und Kinder - Garderobe. Futterseiden, Besatzartikel. Fertige Damen-Mäntel und Jackets in grösster Ausw. Kostüm-Stoffe zu vollständigen Kostümen u. einzelnen Rücken in farbig u. schwarz, enorme Ausw.  
**C. PELZ,**  
4. Kottbuser-Strasse 4.

**Honig!** Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, best. die 10 Pfundbottle zu 7,00 M., 6 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordhof, Bahnhof**  
Rugwitzsch, Udenbgr.\*

**Dr. Simmel,** Prizen- apothillig. — Str. 41.  
Specialarzt für [108]11\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**Monatlich Credit.** — 10 Mark — liefert Anzüge, Paletots nach Maß.  
Der Kasse allerhöchste Preise.  
Wer leibt Stoff hat v. 20 M. an.  
**J. Tomporowski, Prizenstr. 55.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Opernhaus.** Heutiges. — Das war ich.

**Schauspielhaus.** Die Schloßherrin. Deutsches. Donna Emma. Berliner. Al-Haidberg. Kessing. Der blinde Passagier. Neues. Die Kreuzschreiber. Reibens. Lustl. (Lotte). Weiten. Der Prophet. Central. Gräfin Bepi. Thalia. Der Pölsamenengel.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Don Gil.

**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Der Meister von Palma.

**Belle-Alliance.** Piel und Godel. Carl Weiss. Der liebe Gebot. Buntos. Der Leibalte.

**Luisen.** Die Geierwally. Altes. Nachtigal. Trianon. Die Notbrücke.

**Casino.** Eternos. Spezialitäten. Metrop. Neues! Allerneuestes! Apollo. Die schöne Galathée.

**Wintergarten.** Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Steidl. Steidl-Sänger.

**Passage-Theater.** Spezialitäten. Passage-Panoptikum. Spezialitäten. Palast. Meine Best. Spezialitäten.

**Urania.** Taubenstraße 48/49. Photographien in natürlichen Farben (durch Wald und Fluß). Nachmittags 4 Uhr: Das Land Tirol.

**Central-Theater.** Täglich Gastspiel. Der Wiener Operetten-Gesellschaft. Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Papi.

**Thalia-Theater.** Dresdenstraße 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr. Der Posauen-Engel.

**Luisen-Theater.** Die Anne-Lise. Mittwoch: Zum 1. Male: Die Geierwally. Donnerstag: Lumpenknäuel.

**Residenz-Theater.** Direktion: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Lotte).

**Buntes Theater.** Der Leibalte. In Vorbereitung: Das Stärkere.

**Kleines Theater.** Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.** Belle-Alliance-Theater. Abends 8 Uhr: „Pick und Pocket“.

**Trianon-Theater.** Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße. Die Notbrücke.

**Apollo-Theater.** Heute: Die schöne Galathée. Hierauf: Neue Spezialitäten-Debuts. The Madcaps. Donatella. Steidl.

**Central-Theater.** Täglich Gastspiel. Der Wiener Operetten-Gesellschaft. Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Papi.

**Thalia-Theater.** Dresdenstraße 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr. Der Posauen-Engel.

**Luisen-Theater.** Die Anne-Lise. Mittwoch: Zum 1. Male: Die Geierwally. Donnerstag: Lumpenknäuel.

**Residenz-Theater.** Direktion: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Lotte).

**Buntes Theater.** Der Leibalte. In Vorbereitung: Das Stärkere.

**Kleines Theater.** Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.** Belle-Alliance-Theater. Abends 8 Uhr: „Pick und Pocket“.

**Trianon-Theater.** Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße. Die Notbrücke.

**Apollo-Theater.** Heute: Die schöne Galathée. Hierauf: Neue Spezialitäten-Debuts. The Madcaps. Donatella. Steidl.

**Central-Theater.** Täglich Gastspiel. Der Wiener Operetten-Gesellschaft. Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Papi.

**Thalia-Theater.** Dresdenstraße 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr. Der Posauen-Engel.

**Luisen-Theater.** Die Anne-Lise. Mittwoch: Zum 1. Male: Die Geierwally. Donnerstag: Lumpenknäuel.

**Residenz-Theater.** Direktion: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Lotte).

**Buntes Theater.** Der Leibalte. In Vorbereitung: Das Stärkere.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater.) Mittwochabend 8 Uhr: Don Gil. Komödie in 4 Akten nach den Motiven des Liefes de Reina von Fr. Adfer. Donnerstagabend 8 Uhr: Wohlthätige Frauen. Freitagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: Der ledige Hof.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Mittwochabend 8 Uhr: Der Meister von Palma. Dramatische Dichtung in 5 Akten von Adolf Schöndank. Donnerstagabend 8 Uhr: Der Probekandidat. Freitagabend 8 Uhr: Der Probekandidat.

## Urania.

Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Photographie in natürlichen Farben (durch Wald und Fluß). Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: Das Land Tirol.

## Palast-Theater.

Burgstraße 22. Früher: Regen-Palast. Sensations-Erfolg! Meine Best. Im Spezialitäten-Teil (Auerrecht. Einzige in 1. Art): Mlle. Fata-Fatme. Danse Serpentine et lumineuse. Francesco, das mediz. Wunder. Astra et Sero, excentrische Spiele. Ernst Sprecher, Humorist. Vollmar-Truppe. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

## Sternwarte.

Invalidenstraße 57/62. Castans Panoptikum.

Friedrichstr. 165. Neu! Neu! Neu! Cito Otéro, Sand-, Ranch- u. Lumpen-Malerin. Einzig in ihrer Art! „Pythia“, die hellsehende. „Anthropos“, der künstl. Mensch als Portraitmaler! Reise-Theater; Berliner Bilderbogen; Cake Walk. Hauskapelle Kranl.

## Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung: Neuestes! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer. Emil Thomas a. G., Josef Josephi. Henry Bender. Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz. 300 Mitwirkende. Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. Ranchen überall gestattet.

## Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5. Abendvorstellung 8 Uhr. Das sensation. April-Programm: Olga Wohlbrück in ihrem Repertoire.

## Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 7. Montag 8 Uhr. „Blumen-Grüssen“. St. Galt: Anna Polo, das Blumen-Medium.

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter. Straße 132. Anfang 8 Uhr. Der liebe Gebot.

## Cirkus Schumann.

Mittwoch, den 1. April 1903: abends 7 1/2 Uhr. Parade-Vorstellung. Um 9 1/2 Uhr. Um 9 1/2 Uhr. Die neueste Sensation. Das Tagesgespräch von Berlin Miss Alix mit ihrem Motor Car.

## Die Kreuzschreiber.

Freitag, zum erstenmal: Pelkas und Melifande.

## Die lustigen Heidelberger.

sowie die übr. Kunstkapazitäten. Casino-Theater. Rothfingerring 37.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstraße 16. Zum letztenmal: Der Trompeter v. Säckingen. Werner Reichhoffer. Dir. Rob. Dill. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

## Neu! Elternlos. Neu!

Vorher: „Reichthum u. Reichthum“ etc. Anf. wochentags 8. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

## Bernhard Rose-Theater.

Nachstraße 58. Mittwoch, den 1. April: Die Räuber. Theaterstück in 5 Akten von Friedrich von Schiller. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

## Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag: Militär-Konzert. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz. Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

## Steidl-Theater.

Linienstraße 132. Letzte Woche die Steidl-Sänger zum Schluß! Wasserratten. Entree 50 Pf. Sperrhölz 1,00. Loge 1,50.

## Gratweils Bierhallen.

Theater u. Variété. Kommandanten - Straße 77/79. Direktion: Carl Haverland. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amüsante April-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: TANZ.

# An alle Maurer Berlins und der Vororte!

Die Regelung der Lohnd- und Arbeitsbedingungen unseres Gewerbes ist von neuem durch Vertrag zwischen dem Arbeitgeber-Verbande und dem Centralverbande der Maurer vollzogen. Der Stundenlohn beträgt vom 1. April 1903 ab 67 1/2 Pfennige und vom 1. April 1904 ab 70 Pfennige. Wir bitten nun alle Kollegen, ihre Arbeitgeber resp. deren Stellvertreter auf die einzuführende Lohn-erhöhung aufmerksam zu machen, damit bei der Lohnzahlung am Sonnabend keine Kollisionen entstehen. Des weiteren verpflichten wir hiermit alle Mitglieder des Maurerverbandes, der unterzeichneten Kommission am Sonnabendabend sofortige persönliche Mitteilung zu machen, falls die Lohn-erhöhung nicht Platz gegriffen hat. Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Achtehner-Kommission. Gut Auftrage: Karl Panser.

## Achtung! Vereine!

Rein vollständig renovierter Saal, bis 200 Personen fassend, zum zweiten Oster-Festtag frei geworden. 4726. Goulante Bedingungen. Max Schumacher, Skalitzerstrasse No. 126.

## Königsstadt-Kasino.

Polenstraße 72. Ude Alexanderstr. Das grossartige April-Programm. Der zweite Cousin. Franz Sobanski. Kitha, Sonnad, Sonnt. Tanz.

## Sanssouci.

Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Neu! Stof! Dir bloß nich'n Kopp an die Hochbahn. Balsamtag 3. erstenmal: Die Lieder des Musikanten. Rollstuhlfahrt mit Gefang in 5 Akten. Lebrecht Winter. — Ad. Hoffmann.

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

## Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.

47. Wrangelstr. 47, part. (Kein Laden.) Hochbahnhof Schlossisch Thor. Reste von Kammgarn. Tuch, Seide etc. Zuschnitt gratis!

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 853.

Mittwoch, den 1. April, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Ruffin (Andreas-Säle), Andreasstraße 21: Versammlung der Drahtarbeiter.

## Versammlung der Drahtarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. Referent Carl Wiesenthal. 2. Diskussion. 114/10. Da es sich um den Streit der Drahtarbeiter handelt, haben alle Kollegen zu erscheinen.

## Vertrauensleute für Westen und Schöneberg.

Die Konferenz findet nicht am 8. April 1903, sondern am 1. April 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Kumke, Bülowstraße 59, statt. Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!

Mittwoch, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Königsbau“ (Inhaber: Walter), Gr. Frankfurterstr. 117: Ausserordentliche General-Versammlung.

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. 2. Verschiedenes. 3. Gewerkschaftliches. 75/11. Nicht jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

## Fachverein der Tischler Berlin und Umgegend.

Freitag, den 3. April 1903, abends 8 Uhr, bei Zöll, Köpenickerstr. 137: Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

## Achtung! Bauarbeiter des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz.

Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Obst, Schöneberg, Weiningerstr. 8, eine öffentliche Versammlung aller Bauarbeiter des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz, welche zur Zeit in Berlin arbeiten.

## Große öffentliche Versammlung.

Thema: Das Blumenmedium Anna Rothe und der Spiritismus. Gibt es Geister? — Gibt es einen Wirbel im menschlichen Körper? Heute, Mittwoch, den 1. April, in Heyrens Brauerei, Moabit, Turmstr. 20: Dasselbe Thema. Referent: Herr cand. med. Edwin Bab. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf. Der Einberufer.

## Achtung! Radfahrer.

Wir nehmen gebrauchte Fahrräder in Zahlung und lassen Reparaturen an Rädern auf Bestellung (per Karte) jederzeit abholen und liefern wieder frei ins Haus. 109/11. Berliner Einkaufsgenossenschaft, Marsiliusstr. 19.

## Möbel H. Pichl, N. 37, Schwedterstr. 10.

aus Teilzahlung, verliehen gewesene, äußerst billig. Büffels, Wäderspind etc. Zucht- und Legehühner verkauft Otto Pich, Berlin, Zionskirchplatz 8. (9022\*)

## Versuche Dein Glück! J. Rosenberg

51 Kommandantenstrasse 51. Königsberger Loss a 3 M. Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen aller Lotterien.

## Baustellen in Erkner, Neu-Zittau, Dabendorf, etc.

an bequeme Zahlungsbedingungen, versch. Schulz, Räder, Weiserstr. 202.

## Möbel wegen Aufgabe des Geschäfts.

spottbillig! 7992\* Wiehr, Neue Königstraße 67.

Socialdemokrat. Wahlverein  
i. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
(Süd-Osten.)  
Den Mitglieðern zur Nachricht,  
daß unser Genosse  
**Otto Rösicke**  
Geburtsort: 33 (Stadtdiegeß 110)  
gestorben ist.  
Eure seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 2. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule  
Berlin.  
**Nachruf.**  
Niederschließen wir die traurige  
Nachricht, mitzutheilen, daß unser lang-  
jähriges Mitglied, Freundin  
**Emma Schirmer**  
vor wenigen Tagen aus dem Leben  
geschieden ist.  
Wir werden ihr Andenken in  
Ehren halten.  
4/13 Der Vorstand.

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Mittendiegeß-  
straße 30, b. part. — Dritter Wahlkreis: St. Frid. Bringenstr. 31,  
Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis: O. Robert Engels, Gr.  
Königsstr. 183, Hof part. — 80.: Paul Böhm, Raubergstr. 14/15  
(Laden). — Sechster Wahlkreis (Hohheit): Karl Anders,  
Seelischstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger  
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wilmstr. 41/42 — Rosen-  
thaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost  
und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Richter,  
Hägerstr. 24 vom part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl  
Wass, Kastanien-Allee 95/96. — Alt-Glienke: H. Pries,  
Kudowstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Schornberg,  
Seelischstr. 1, Ecke Goethestraße, vom I. — Deutsch-Wilmers-  
dorf: H. Kidel, Händlstr. 108, part. — Friedrichsberg-  
Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:  
Ewald Grauer, Berlin O., Raanauer Allee 198. — Grünau:  
Hermann Steinig, Jägerstr. 21. — Rixdorf: O. Hermann,  
Pring Handjergstr. 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm  
Bäumler, Wartin Lutherstr. 51, Laden. — Ober-Schönweide:  
Richard Karl, Eßlstr. 1, vom 2. Treppen. — Nieder-  
Schönweide: Bronkowsky, Seelischstr. 8. — Johanns-  
thal: Paul Mann, Wilmstr. 7. — Adlershof: Gustav  
Selig, Wadenbergstraße 8. — Köpenick: Friedrich Wald,  
Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: J. Bernice, Schicht, 15  
in Bielehau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Koch,  
Düppelstr. 8, und Fr. Schellhase, Wilmstr. 15a. — Bauschulen-  
weg: Stod, Eßlstr. 2, II. — Neu-Weißensee: Joseph Rein,  
Friedrichstr. 38, Ecke Kreuzstraße. — Rummelsburg: Forstberg,  
Pring Albertstr. 6a. — Pankow: A. Kummer, Kolarstr. 43.  
Auserdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen  
Bücher dort zu haben. **Auch werden Inserate für  
den „Vorwärts“ entgegengenommen.**  
Bitte ausschneiden.

**Wichtig!!**  
Unser Lokal ist am Sonntag, den 28. Juni und am  
5. Juli noch an Vereine und Gewerkschaften zur  
Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.  
Noch Sonnabende frei. 1. und 2. Pfingstfesttag  
zur Matinee frei. 1921.  
**Seeterrasse Sichtenberg**  
C. Maschke. A. Walter.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß meine geliebte Frau,  
unser gute Mutter  
**Auguste Körner geb. Zinnitz**  
am Dienstag, den 31. März, vormit-  
tags 8 1/2 Uhr, plötzlich am  
Herzschlag verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 3. April, nachmittags  
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Wilmersdorfer-Friedhofes aus statt.  
Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Albert Körner nebst Kindern.

**Vorwärts-Buchhandlung**  
SW., Lindenstraße 69.  
**Touristen-  
und Radfahrerkarten,  
Stadtpläne!**  
Stadtpläne von Berlin von 50 Pf.  
bis 1 M.  
Stadtpläne von Berlin mit sämt-  
lichen Vororten u. 50 Pf. bis 3 M.  
Umgebungspläne von Berlin,  
86, 182 und 300 Millimeter im  
Berlin, mit Entfernungsangaben  
von Ort zu Ort, foliert, von  
50 Pf. bis 5 M., auch für Rad-  
fahrer benutzbar.  
Radfahrerkarten von Berlin mit  
Angabe der Art des Straßen-  
pflasters, der für Radfahrer ver-  
botenen Straßen etc. 50 Pf.  
Radfahrerkarten von Berlin und  
weiterer Umgebung (von  
Königsplatz bis Rüttershof, von  
Genthin bis Frankfurt a. O.) auf  
Leinwand aufgezogen, in Kartons  
1,75 M.  
Radfahrerkarten von Deutschland  
und angrenzenden Ländern,  
mit Angabe der Beschaffenheit der  
Wege, Entfernungen der ein-  
zelnen Orte unter sich, Höhe über  
dem Meere, Eisenbahnen etc.,  
kleinem Maßstab, aufgezogen, in  
Kartons, jede Section 1,50 M.  
Taschenwörterbücher, kleines For-  
mat, praktisch für die Reise. Fran-  
zösisch-deutsch und deutsch-franzö-  
sisch, englisch-deutsch und deutsch-  
englisch, russisch-deutsch u. deutsch-  
russisch, italienisch-deutsch und  
deutsch-italienisch.  
Jede Sprache  
statt 3 M. nur 1,50 M.  
Ich bin von Ritterstr. 30a nach  
**Ritterstr. 106,**  
Ecke Prinzenstraße, versogen.  
Dr. Arthur Goldberg, Arzt.

**Schmöckwitz Gashaus zur Palme**  
(Endstation der „Storn“-Dampfer)  
Inhaber: **Hermann Peter.** Telefon:  
Grünau No. 39.  
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes  
Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu ständigen.  
Ausspannung und Dampferfahrten, Regalbahnen, große Kaffee-  
tische, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.  
**Vereinszimmer** für 80 Personen  
für Gewerkschaften,  
zu ständiger Sitzung, auch für Gesangsvereine geeignet, empfiehlt  
4/12 **Karl Grosser, Dirlitzerstr. 39 I,**  
Telephon Amt III, 1812. (frühere Straße bei der Stadtbahn)

**Orts-Krankenkasse der Sattler  
und verwandten Gewerbe.**  
Am Sonntag, den 30. März, ver-  
starb unser Mitglied, der Sattler  
**Alfred Neumann**  
(Gebirt von A. Wunderlich Nachf.,  
Blauenburg)  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 2. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Friedhofes,  
Prinzen-Allee, aus statt. 372/3  
H. M. H. Werner.

Das Mitglied der Sattler-  
gewerbe, der Sattler  
Herrn Alfred Neumann  
am Sonntag, den 30. März, ver-  
starb unser Mitglied  
**Alfred Neumann**  
Gebirt von A. Wunderlich Nachf.,  
Blauenburg  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 2. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Friedhofes,  
Prinzen-Allee, aus statt. 372/3  
H. M. H. Werner.

**Central-Möbel-Halle**  
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstrasse.  
Specialität:  
**Wohnungs-Einrichtungen.**  
Coulanteste  
Zahlungs-Bedingungen.  
Kleine Anzahlung! Langer Kredit!  
Permanente Ausstellung 40 kompletter Muster-Zimmer.  
Besichtigung (ohne Kaulzwang) dringend empfohlen. 681L\*



**R. Klitz** Schreib- und  
Handelskassabemie,  
Chaussee 1 (Friedrichstraße).  
Gewöhnliche schnell födernde Einzel-  
unterrichtung: 8182\*  
**Schön- und Schnellschreiben,**  
= Buchführung, =  
Korrespondenz, Stenographie,  
Laufm. Rechnen, Wechsellehre.  
Vierteljahrs-Kurse.  
**Ausbildung** als Buchhalter,  
Kassierer, Stenogr.  
Auskunft und Prospekt frei.  
**Patente**  
besorgt und verwertet  
gut und schnell  
**Patent-Bureau  
S. Reichhold u. Co.,**  
Berlin NW., Luisenstr. 24.  
Kustantj Kostenlos. 7722\*

**Verband der Sattler  
Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Codes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 30. März er.,  
verstarb unser Mitglied  
**Alfred Neumann**  
Gebirt von A. Wunderlich Nachf.,  
Blauenburg  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 2. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Friedhofes,  
Prinzen-Allee, aus statt. 372/3  
H. M. H. Werner.

**Jedes 5 Pfennig.**  
Wart: 5 Nur das erste  
Wort fett. Worte mit mehr als  
18 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen.**

*Anzeigen für die nächste Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,  
in der Hauptexpedition Lindenstr. 69,  
bis 4 Uhr angenommen.*

**Verkäufe.**  
**Gardinenhand** Große Frankfurter-  
straße 9, part. 437\*  
**Spezialfabrik** für Knaben-Gar-  
denen, Berlin NW., Lindenstraße 85,  
zeigt den Eingang der neuen Früh-  
jahrs-Nutzen an. Verkauf in Dutzenden  
und im einzelnen zu sehrigen Preisen,  
Hilfen Wechsel. Ein Posten vor-  
jährige Nachfrage führt zu Taxipreisen  
zum Ausverkauf. Verkauf des Spar-  
vertrags Kostlos. 16448\*  
**Knabenanzüge, Paletots** Mädchen-  
kleider, Jacken. Hofmann, Becken-  
straße 14.  
**Stoffe** zur Kinder-Konfektion,  
Sammet, Bäume in großer Auswahl.  
Hofmann, Beckenstraße 14.  
**Stoppdecken,** feinste Handarbeit,  
kauft man direkt beim Stoppdecken-  
Anfertiger Georg Schmeißer, Blumen-  
straße 13. Alle Decken werden neu  
bezogen. 1694K\*  
**Stoppdecken** stoffbillig. Fabrik  
Gartenstraße 20. 7141\*  
**Zeppide!** (Biederhülle) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Bräun, Kadefher  
Markt 4, Bahnhofs Böde. 1195\*

**Abgeschliffen, Bobbin, Schnell-  
nähler,** ohne Anzahlung, Woche 1,00,  
gebrauchte 12,00. Spindlerstraße  
60/61, Prinzenstraße 50/50, und  
Große Frankfurterstraße 43. 710\*

**Möbelangebote.** Im Auktions-  
Kabinett, Köderrstraße 33, Hoch-  
bahn-Haus, alte Möbelstücke, sollen  
verschickene gediegene Ruhlbaum-  
möbel-Einrichtungen verkauft werden,  
darunter herrliche Salongarnituren,  
Bancallosa, Ruhlbaumpläne, Bibliothek,  
Anfiederstühle, Ruhlbaum-  
büchse, Schreibische 36,00, tadellos  
gehaltene Ruhlbetten mit prachtvoller  
Eisendecke 22,50, hochleganter Säulen-  
tisch 30,00, praktische Salon-  
teppiche, schon 18,00, Zimmerteppiche  
8,00, reichgefilzte Uebergardinen,  
Spannleinen, Illigardinen, Stepp-  
decken, Salonbilder, Glanzuhren,  
Möbelstücke 5,00, verschiedene  
Gelegenheiten stoffbillig. Videle,  
Auktionsater. 1534K\*

**Privatverkauf** meine drei  
Nimmer Möbel, auch einzeln, darunter  
Küchenschränke 38,00, Säulentrumeau  
35,00, Bancallosa 45,00, Ruhl-  
stühle 8,00, Bettstellen, Berlin,  
Steinbühnen, Lüge, Stühle,  
Tisch, Delgemäde, räumungs-  
halber für jeden Preis, fast alles neu.  
Gartenstraße 85, I links (Zeitlinger  
Bühnen). 7194\*

**Vadeneinrichtung,** gebraucht und  
neu, Material, Rehl- und Vorloft,  
Küchenschrank, Nudelmaschine, Restau-  
rations-, Ruhl-, Manufakturwaren,  
Sensitivität- und Komplex-Gin-  
richtungen, Neuzest Billig Preise,  
Anfertigung in jedem Stil nach Maß  
in eigener Fabrik mit elektrischem Be-  
trieb. Altona, Brunnenstraße 7, III,  
714. Andreasstraße 21, VII. 1722.

**Zeppide** mit Jackenverkleidung  
niederlage Große Frankfurterstraße 9,  
part. 437\*

**Geschenksätze.** Paletots,  
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosen,  
Reifen, Koffer, Pyjamas, Zeppide,  
Reifen, Revolver, Zeppide, Kunst-  
werke stoffbillig Lude, Drame-  
straße 131. 3388\*

**Goldsachen, Brillanten, Uhren,  
Stetten, Ringe, Regulatoren, Reih-  
zeuge, Harmonika, Oelgen, Silber-  
besteck billige Lude, Drame-  
straße 131. 3388\***

**Laubenbau!** Neu und gebrauchte  
Kaminöfen, Bretter, Latzen, Reifen,  
Zäune, Fenster, Dachpappe, Zier-  
bögen, Baumstämme 22. 2833K\*

**Stoppdecken** billige Fabrik Große  
Frankfurterstraße 9, part. 437\*

**Stuhlmöbel** für Erziehung  
und Jünger, Duzend 1,50, keine  
billiger. Kadefher, Frankfurter Allee 147.

**Zehntelgeschäft, Oten,** welches ich  
lange Jahre mit gutem Erfolge be-  
treibe, will ich bei 1000 Metre billig  
verkaufen. Comptoir, Magasin-  
straße 12. 387b

**Coffi, Gemülegeschäft, Diste 500,—**  
billig veräußert Rastriente 166.

**Fahrräder,** Leihzahlungen, 125  
Mark, Invaldenstraße 148, Stahl-  
straße 40. 1001K\*

**Achtung!** Heute bis 3 Uhr Ver-  
kauf billiger Möbel, dann Schluss.  
Günde von 22 Mark an, Achte,  
Stühle, Bettstellen billig, so lange der  
Vorrat reicht, dann Schluss um 3 Uhr  
Wanteufelstraße 77. 379b

**Maltrastriker, Nutbildend,** für  
Blutarme, Brustkranke, Schwächliche,  
Gewichtszunahme, bessere Gesichts-  
farbe, überaus 14 Malchen  
3 Mark 1/2, Loose 3,50 erkläre.  
Nicht Glasenmaß, Qualität ent-  
scheidet. Berier-Kellerl Ringler,  
Bernauerstraße 112. 6912\*

**Fahrrad** verkauft Neumann,  
Schöneberg, Tempelhoferstraße 10.  
3-7 Uhr nachmittags. 7123\*

**Transportwägen,** große und  
kleine, dauerhaft, leicht, verkauft  
billig Leichterstraße 80, Fortier. 189

**Glegante Sattel** billig ver-  
kauft, Säulentrumeau, Bancallosa,  
garnitur, auch einzeln. Bergstraße 2 I.  
7124\*

**Kinderwagen,** Dreiräderig, ver-  
kauft billig Bianchi, Strauß-  
straße 36, III. 7101

**Total** verkauft billig komplett,  
Halber Wägen, Karlsruherstraße 19.  
1925\*

**Hochverehrliche Herren-Anzüge,  
Sommerpaletots** aus feinsten Stoffen  
herauszubereitend 18-28, Bekleider  
7-11 Mark. Verkauf Sonnabend,  
Sonntag Deutsches Versandhaus,  
Nägerstraße 63, I Trepp. 1604K\*

**Vorort-Paletteln,** nur 600 Mark,  
keine Anzahlung, verkauft Galtwitz  
Osten, am Bahnhof Friedersdorf.  
7126\*

**Varellsosa** mit Anzug, 58, Gar-  
niture, verkleidet werden, Händler  
bereden. Invaldenstraße 36, Hof.  
7127\*

**Schanzwirtschaft,** höheres Boot,  
belegt 30 Jahre, volle Konzeption,  
großer Unternehmungen veräußert  
Landsberger Allee 4. 7135

**Vorfährige** elegante Herren-  
Frühjahrs- und Sommerpaletots  
und Anzüge aus feinsten Stoffen  
25 bis 40 Mark. Verkauf Sonn-  
abend und Sonntag Versandhaus  
Germania, Unter den Linden 21, II.  
1928\*

**Zeppide,** neue (unbedruckte)  
Habenbesetzer, auch einzeln, stoffbillig  
abgegeben Königsstraße 20/21, im  
Laden. 93/8\*

**Krankefahrstühle** für Zimmer  
und Straße leicht und solide in  
allen Preislagen. Kopp, Eßl-  
straße 95. 9911\*

**1000 neue** Nähmaschinen gebe auf  
Abzahlung, ohne Anzahlung, lang-  
schisschen, hocharmig, Wheeler Wilson,  
komplett mit allen Apparaten, keine  
Anzahlung, drei Jahre volle Garantie.  
Für die Güte meiner Nähmaschinen  
sprechen Tausende meiner Kunden.  
Höflichster hoher Behörden. Ernst  
Belmann, Gollnowstraße 38, nahe  
der Landsbergerstraße. Alte Nähmaschinen  
nehme in Zahlung. 1592K\*

**Waffenrecht** sämtlicher Lehr-  
bücher Handmitteln Drakenstraße 118.  
7128\*

**Rechtsbureau,** Prozeßbeistand,  
Eingabengeld, Steuerberatung,  
Materielung. Palf, Brunnenstraße  
21. 355b\*

**Rechtsbureau,** Langjährige Er-  
folge! Jährlich, Grüner Weg vier-  
undneunzig (Andreasplatz), Eingabeng-  
eld, Materielung, Steuerberatung.  
7129\*

**Infallssachen,** Klagen, Eingaben,  
Reklamationen, Pützger, Steglitzer-  
straße 63. 204b

**Angus-Bad,** Köpenickerstraße 60.  
Bäder jeder Art für sämtliche Krank-  
heiten. 1584K\*

**Krankstühle** von Frau Stoll,  
Steinmühlstraße 49, Übergabende hoch-  
part. 7130\*

**Mittelschiff!** Der ich über diese  
zeitloseste Granitmarkt unter Zeit  
unterrichten will, verlange die Hänge-  
blätter des Weltbundes gegen Ver-  
weigerung, welche unentgeltlich versendet  
werden vom Berliner Reisebüro, Altona,  
Königsbergerstraße 108. Um gütigen  
Abdruck wird gebittet. 1915\*

**Vereinszimmer,** Planins, Ant-  
spracher, Brunnenstraße 16, Altona.  
Vereinszimmer bis 60 Personen  
vergleicht Katt, Raubergstraße 45. \*

**Patentbureau** Danmann, Dr.  
Königsbergerstraße 57, Rastriente, bis abends  
neu. 1585b\*

**Steuerberatung,** Eingabengeld  
von Feilich, Brunnenstraße 97. 7145\*

**Gesundheits-erholungsanstalt**  
Gesundheits-erholungsanstalt  
Gesundheits-erholungsanstalt für  
Berlin und außerhalb, einzelne mit  
Hausverwaltung, euerhell Vor-  
stelle, durch Gend. Urbanstraße 28,  
Übergebäude part. 7131

**Must,** Gejang erteilt Andemann,  
Brandenburgstraße 8. 377b

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
Königsbergerstraße 76. Im neu er-  
bauten Hause, an der Prinzen-Allee,  
Wohnungen 3 Zimmer, Balkons,  
teils mit Bad, billig zu bewohnen,  
sollert oder später zu beziehen. Näheres  
beim Bewoher. 197b\*

**Königs-Unterhanfen,** Ams-  
garten 2. Eine Wohnung: drei  
Stuben, Küche, Wasserversorgung, Kofel-  
stisch; eine Stube, Küche, Wasser-  
leitung, Kofel, 1. Juli zu vermieten.  
Diege. 1605K\*

**Schlafstellen.**  
Schlafstelle für Herren zu ver-  
mieten. Rühl, Raubergstraße 11,  
vom I. 360b

**Schlafstelle,** Herren, separater  
Eingang, Boeger, Raubergstraße 76,  
vom II, Ecke Lauenstr. 7112

**Schlafstelle,** separat, 6 Mark,  
Lobmann, Planstr. 20. 71

**zwei Herren** finden Schlafstelle  
Eggenstraße 53, Hof rechts, zweiter  
Eingang, I. 365b

**Verding,** welcher Lust hat, Refor-  
mieren zu lernen, verlangen Besold  
u. Duzend, Brandenburgstraße 19. \*

**Handarbeiten** verlangt Comar u.  
Co., Grünstraße 21. 376b

**Tischlerlehrling** verlangt Schö-  
n, Waderstraße 91. 7101

**Tüchtige** Handwerker verlangt  
Krausstraße 39. 7149

**Schulischer** Mädchen tagsüber  
Korduan, Obelstraße 1. 7135

**Maschinenwärterin,** Zusammen-  
setzen, Klaffen, Korduan, Obel-  
straße 1. 7135

**Kartondarstellerin** im und  
außerm Hause verlangt Wohl,  
Dresdenerstraße 97. 1081/3

**Mäherin** für leichte Arbeit bei  
hohem Lohn verlangt Rütemann,  
Zimmerstraße 72. 374b

**Kartondarstellerin,** geübte, ver-  
langt Anders Nachfolger, Wald-  
straße 7. 3736

**Zusammenflicken** auf Blumen-  
heften, Lohn, Marktstraße 6,  
Eingang I. 3755

**Barockgoldbein** verlangt Wiber  
u. Hermann, Reanderstraße 4. 381b

**Veilmädchen,** einige, werden gegen  
wöchentliche Vergütung verlangt  
Feilich, Raubergstraße 12, Fabrik-  
gebäude drei Treppen. 384b

**Gedachte Schürzen** und Kleider-  
näherinnen suchen Schönholz u. Co.,  
Reichstraße 13, Frankfurter Chaussee  
No. 114. 7117\*

**Barockgoldbein** verlangt Land-  
wehrstraße 5/6. 351b\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Vollständiger-Gesellschaft Lern-  
domst, Beuelstraße 25. 7135\*

**Stellengebote.**  
Kordmacker auf Rati- und Moh-  
arbeit verlangt Robert Schmidt u. Co.,  
Roppenstraße 61. 394b\*

**Redakteur gesucht!**  
Gesucht wird zum 1. Mai ein zweiter Redakteur für die  
„Norddeutsche Volksstimme“. Derselbe hat den lokalen Teil zu  
bearbeiten. Anfangsgehalt 1800 M. Bewerbungsschriften sind bis  
zum 15. April mit der Aufschrift „Redakteur“ an die „Nord-  
deutsche Volksstimme“, Bremerhaven, Am Hafen 42, zu richten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ich am 1. April nach Mendelssohnstr. 9, II. Hof Aufgang A. 4 Treppen bei Strelow verzoogen bin. Leo Zucht, Vertrauensmann des fünften Wahlkreises.

Lokales.

Schlechte Zeiten.

In denen der Arbeiter wegen Beschäftigungsmangel und Verdienstminderung sich einschränken oder Not leiden muß, pflegen eine Verminderung des Konsums der wichtigsten Lebensmittel und vieler Gebrauchsartikel zur Folge zu haben. Für das Notstandsjahr 1901 haben wir an verschiedenen Beispielen gezeigt, daß diese Wirkung recht deutlich hervorgetreten ist. Ob nun im Jahre 1902 in dieser Beziehung bereits wieder eine wesentliche Besserung eingetreten ist, das erscheint fraglich. Manche Umstände deuten darauf hin, daß es damit noch sehr hapert.

Einen kleinen Beitrag zur Beurteilung dieser Frage liefert die Berliner „Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft“ in ihrem Bericht über das Jahr 1902, der jetzt veröffentlicht wird und uns zugegangen ist. In dem Bericht über 1901 war ausgeführt worden, daß der Druck, der seit längerer Zeit auf dem wirtschaftlichen Leben lastet, sich sofort auch in den Speisehallen fühlbar gemacht hat. Das Jahr 1902 hat für die Speisehallen, wie der neueste Bericht sagt, „eine Besserung nach dieser Richtung nicht gebracht, vielmehr sind infolge weiterer Steigerung verschiedener Lebensmittelpreise die Betriebsergebnisse noch weniger günstig gewesen“. Die Speisehallen geben in solchen Zeiten die Speisen und Getränke möglichst zu gleichen Preisen und in gleicher Güte wie in besseren Zeiten. Infolgedessen haben im letzten Jahre die Besucher sich vermehrt, und es haben unter ihnen mehr als früher auch solche Gäste sich befunden, die sonst in anderen Wirtschaften verkehrten. Trotz dieser Zunahme der Besucherzahl ist gegen das Vorjahr der Konsum zurückgegangen. Die Erklärung dieser auffallenden Erscheinung ist, wie der Bericht ergibt, darin zu suchen, daß von den einzelnen Gästen durchschnittlich weniger konsumiert worden ist. Durch eine Uebersicht über den Verkauf der einzelnen Speisen und Getränke, die dem Bericht beigegeben ist, wird die Verbrauchsverminderung in interessanter Weise näher beleuchtet. Man ersieht daraus, daß der Absatz der Mittag- und Abendportionen geringer geworden ist. Zurückgegangen ist auch der Verbrauch von Bier, Apfelsaft und Limonaden. Dasselbe gilt von Kaffee, Kakao und Schokolade; dagegen ist für Fleischbrühe und Milch eine Steigerung des Verbrauchs eingetreten (nur Buttermilch und saure Milch zeigen gleichfalls eine Verminderung). Cigaretten sind mehr abgesetzt worden, Cigaretten weniger. Von den gestrichenen Schrippen sind weniger verkauft worden, dafür hat der Verbrauch der trockenen Schrippen zugenommen.

So wirkt die Unkunst der Welt auf die Speisehallen. Wie sie auf die privaten Speisewirtschaften wirkt, in welchem Umfange sie die auf Arbeiterkundschaft angewiesenen kleinen Handel- und Gewerbetreibenden in Mitleidenschaft zieht, das läßt sich natürlich schwerer mit Zahlen belegen. Aber fest steht, daß es hier nicht besser, sondern eher noch schlimmer aussieht. Wenn es dem Arbeiter schlecht geht, müssen auch alle die, für die der Arbeiter als Konsument eine Rolle spielt, mit darunter leiden.

In schlechten Zeiten wird es so manchem Arbeiter, der bis dahin noch zu den Gleichgültigen gehörte, ganz von selber klar, wie unsicher die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung ist. In schlechten Zeiten kommt aber auch der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit noch deutlicher als sonst zum Bewußtsein, daß sie eine wirksame Besserung ihrer Lage nicht von der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten hat. Die Arbeiterklasse wird dessen eingedenk sein bei den bevorstehenden Reichstagswahlen.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage über die Errichtung einer Volks-Badeanstalt auf dem Wedding hat die Vorlage nach den Plänen des Stadtbaurats Ludwig Hoffmann, sowie die Kostenanschläge in Höhe von 1.000.000 M. mit allen gegen 1 Stimme gutgeheißen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich nun nach Ostern nochmals mit der Vorlage beschäftigen und soll dann, falls die Versammlung ebenfalls zustimmt, mit dem Bau der Badeanstalt, wofür die erste Parzelle mit 50.000 M. schon in dem neuen Etat eingestellt ist, begonnen werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat den Kaufsantrag auf Anstellung von 36 Schularzten, statt der vom Magistrat vorgeschlagenen 30 Schularzte, angenommen. Der Magistrat wird sich in der nächsten Sitzung mit diesem Beschluß beschäftigen und voranschütlich eine Unterkommission mit der Regelung dieser Sache beauftragen. Gesuche von Ärzten wegen Anstellung als Schularzt werden noch entgegengenommen und als „veripätete“ nicht zurückgewiesen.

Oster-Sonderzüge. Zur Bewältigung des diesjährigen Osterverkehrs nach Schlessien und Posen sollen am 1., 2., 3. und 8. bis 17. April einschließlic Sonderzüge von den Stationen Charlottenburg, Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz und Schlesischer Bahnhof nach Frankfurt a. O., Guben und Sommerfeld abgefahren werden, welche abwechselnd Anschluß nach Randzlin bzw. Breslau haben. Es sind dies im wesentlichen Vorzüge zu den Schnellzügen 3 und 5, welche von Charlottenburg um 7<sup>30</sup> vorm. bzw. 4<sup>15</sup> nachm. abfahren und um 11<sup>30</sup> vorm. bzw. 7<sup>15</sup> nachm. in Sommerfeld eintreffen. Der erstgenannte Schnellzug geht nach Randzlin, der letztere aber nach Breslau weiter. Freitag, den 8. d. M., wird nur der Nachmittags-Schnellzug abgefahren. Samstag, den 11., und Montag, den 13. d. M., dagegen außer den beiden Schnellzügen noch ein Nachzug (Nr. 1), der 11<sup>45</sup> abends von Charlottenburg abgeht und 2<sup>15</sup> nachts in Sommerfeld eintrifft (mit Anschluß nach Breslau). Außerdem werden vom Schlesischen Bahnhofe nach abgefahren werden: am 8., 9. und 11. April je ein Personen-Vorzug 220 nach Sommerfeld mit Anschluß nach Breslau (Abfahrt von Berlin 8<sup>30</sup> abends, Ankunft in Sommerfeld 12<sup>30</sup> nachts), sowie die Vorzüge zu den Personenzügen 201 und 203, welche über Frankfurt a. O. nach Posen weiter geleitet werden (Abf. vom Schles. Bahnhof 7<sup>30</sup> vorm. bzw. 6<sup>30</sup> abends). Diese beiden Züge verkehren am Freitag, den 10., Dienstag, den 14. und Mittwoch, den 15. April; am Sonnabend, den 11. April verkehrt nur der Freitagzug 201 (Abf. 7<sup>30</sup> vorm.). Die Sonderzüge halten auf allen denjenigen Stationen, auf welchen die betreffenden Hauptzüge Aufenthalt haben. Die zu den letzteren gehörigen Fahrkarten berechnen sich zur Fahrt mit den Sonderzügen. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß an denjenigen Tagen, an welchen der Vorzug 5 verkehrt, dieser die Durchgangswagen nach Stattdort führt.

Der Sommer-Fahrplan der Stadt- und Ringbahn, der am 1. Mai in Kraft treten wird, bringt diesmal eine bedeutende Veränderung.

indem zum erstenmal ein regelmäßiger Betrieb für den Nord-Südring-Verkehr vorgesehen ist und einer Haltestelle Stralauer-Rummelsburg. Zwar verkehrten Nord-Südring-Züge schon seit 1898, die von Treptow aus direkt das Verbindungsgleise nach Friedrichsberg befuhren und nur in den Morgen- und Abendstunden abgefahren wurden. Durch die Neueinrichtung erfährt der Stadtringverkehr eine Entlastung, welche eine weitergehende Verbindung des Stadtringverkehrs mit dem Vorortbetriebe ermöglicht. Der Ringverkehr wird vermehrt und die Verbindung zwischen diesem und dem Stadtringverkehr durch Umsteigen bewirkt. Stadtringzüge werden sich später nur in halb Stunden Abständen folgen. Der Nord-Südring-Verkehr erhält die amtliche Bezeichnung Sörling. In dem neuen Fahrplan wird auch bereits die Erweiterung des Stadtringverkehrs bis Friedrichsberg vorgesehen, wiewohl die Arbeiten noch ziemlich weit zurück sind und die Betriebsaufnahme kaum vor Oktober stattfinden kann.

Die Verlängerungslinie der Berliner Stadtbahn mit dem neuen Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsberg wird nunmehr — wie definitiv feststeht — am 1. Mai in Betrieb gesetzt werden, dagegen ist die Inbetriebsetzung der Schlußstrecke bis Kaulsdorf bis zum 1. Oktober d. J. verschoben worden. Dort sind die Arbeiten noch sehr weit im Felde. Ein Unterführungstunnel und eine Straßenüberführung befinden sich noch in den Anfangsstadien des Baues. In Lichtenberg-Friedrichsberg ist schon alles bereit für die Aufnahme des Verkehrs. Die sämtlichen Bauarbeiten, Bahnhofgebäude, Beamtenhäuser, die kolossalen Wassertürme sind fertig und schon sind umgeborene Berge von Coals angefahren für die Maschinenstation, die da draußen etabliert worden ist. Trotz der gewaltigen Umänderung des Verkehrs sind die Hoffnungen der Adjacenten der Ost-Vorortbahn auf eine Verbesserung des Verkehrs, was Herabsetzung des Fahrpreises wie eine Vermehrung der Fahrgelogeheit anbelangt, auf dem Bestimmungspunkt angelangt. Für den Westen Berlins hat die Eisenbahn-Verwaltung stets die Mittel bereit, um jeden Wunsch zu erfüllen. Ist doch dort auf Verreiben einiger Geheimräte erst kürzlich ein durchgehender Zug nach Behlendorf eingeleitet worden. Für den Osten bleibt an behördlicher Fürsorge absolut nichts übrig. Da geht im günstigsten Falle alle Stunden ein Zug und zu gewissen Zeiten des Tages zweifach einer. Draußen horrt alles einer Verbesserung des Verkehrs und einer Vermehrung der Verkehrsmittel.

Die Arbeitsverhältnisse in den großen Produktionsbetrieben gehören offenbar mit zu den traurigsten. Es ist sicher eine recht elendliche und dabei äußerst gesundheitsgefährliche Beschäftigung, den ganzen Tag in Kumpen und Abfällen aller Art herumzuhantieren zu müssen, die mit allen möglichen Krankheitsstoffen durchsetzt sind. Dabei werden in diesen Betrieben wahrhaft erbärmliche Löhne gezahlt. Weibliche Arbeitskräfte, die mit Vorliebe benutzt werden, erhalten 8-15 M. pro Woche. Bei dieser elenden Entlohnung müssen die Frauen auch noch Arbeiten verrichten, die wegen der damit verbundenen Kraftanstrengungen eigentlich für Männer paßten, nämlich das Verpacken, Stapeln und Verladen centnerschwerer Ballen. Die Arbeitslöhne der Männer sind ebenfalls nur sehr niedrig, sie betragen im Durchschnitt 18-21 M. Was nun die sanitären Einrichtungen in solchen Betrieben anbelangt, so genügen sie auch nicht im entferntesten den zum Schutze der Arbeiterinnen erlassenen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. So fehlt es meistens an gesonderten Umkleekabinen; Wascheinrichtungen existieren entweder garnicht, oder sind äußerst mangelhaft. Sehr schlecht ist es auch mit der Ventilation bestellt, so daß Staub und Ausdünstungen der Lampen u. a. nur höchst ungenügenden Abzug haben. Die ganzen Räumlichkeiten sind von einem widerlichen Geruch erfüllt, und hier müssen Arbeiter und Arbeiterinnen während der Pausen ihre Nahrung einnehmen. Entsprechend den vorbezeichneten Einrichtungen steht es auch mit der Sauberkeit der Aborte. Meistens herrscht noch das Sonnensystem. Bei einer Firma in der Greifswalderstraße konnten sich die Arbeiter nicht entsinnen, daß die Aborte während der letzten zwei bis drei Jahre je geschwemmt worden wären. Sogar an genügendem Wasser fehlt es hier den Leuten. Sie sind auf das Wasser eines alten Hofbrunnens angewiesen, das sich nicht einmal um Wachen, geschweige denn zum Trinken eignet. In letzter Zeit ist es dem Handels- und Transportarbeiter-Verbande gelungen, unter den Produktionsarbeitern festen Fuß zu fassen, daher auch die schonungslose Ausbeutung der Arbeiter in jenen Betrieben, um die sich bislang kaum ein Mensch kümmerte. Erst kürzlich wurde den Gewerbe-Aufsichtsbeamten Gelegenheit geboten, sich einige dieser Betriebe anzusehen; sie fanden die Angaben über die Mangelhaftigkeit der sanitären Zustände daselbst vollumfänglich bestätigt.

In der händischen Landhummenschule findet die Aufnahme neuer Schüler Anfang April statt. Anmeldungen von Schülern zum bevorstehenden Sommersemester sind bis spätestens 1. April bei dem Direktor Geymann, Parkustr. 49, anzubringen.

Zur Unterbringung von Wirtschaftsjahren obdachloser Familien ist auch zum bevorstehenden Aprilzug die Moritzallee XII, Vorderstraße 10-19a, bestimmt worden. Auf dem Grundstücke des händischen Obdach in der Trödelstraße werden Sachen der bezeichneten Art nicht angenommen.

Die Räumung einer Wohnung muß in Berlin bei aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 1. April, bei aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 3. April um 12 Uhr mittags und bei größeren Wohnungen am 3. April um 12 Uhr mittags sein. Unter Zubehör sind Alkoven, Küchen, Kammern, Bodenräume, Verstellbänke und Vorratsteller zu verstehen. Bei Wohnungen, die aus drei Zimmern bestehen, muß jedoch am 1. April ein Zimmer, bei größeren zwei Zimmer bereits vollständig geräumt und dem eingehenden Mieter zur Verfügung gestellt werden. Boden rechnen nicht als Wohnzimmer; ebenso wenig Schanzräume.

Ueber die erbliche Belastung der Epileptiker sind in der händischen Anstalt Wuhlgarten Ermittlungen angestellt worden, deren Ergebnis jetzt in dem Jahresbericht der Deputation für die händische Irrenpflege mitgeteilt wird. Von den im letzten Etatsjahre in Wuhlgarten aufgenommenen Kranken litten 279 Männer, 93 Frauen, 16 Knaben, 11 Mädchen an Epilepsie (einschl. hysterischer Epilepsie). Eine erbliche Belastung ließ sich nachweisen bei 120 Männern (43 Proz.), 42 Frauen (45 Proz.), 10 Knaben (63 Proz.), 8 Mädchen (78 Proz.). Es handelte sich hierbei hauptsächlich um Abkömmlinge von trunksüchtigen Eltern. Außerdem konnte noch bei 90 Männern (32 Proz.) und 15 Frauen (16 Proz.) festgestellt werden, daß Geschwister von ihnen an derselben Krankheit litten oder gelitten hatten, so daß hier eine Familienanlage angenommen werden mußte. Erlernt befanden sich unter den an Epilepsie (einschl. hysterischer Epilepsie) leidenden Kranken 124 Männer (44 Proz.) und 8 Frauen (9 Proz.).

Achtunddreißig Opfer des Straßenverkehrs. Außergewöhnlich groß ist die Zahl der im Monat März im Straßenverkehr Berlins tödlich und schwerverletzten Personen. Sie hat mit 38 die höchste derartige Unfallziffer, welche die Statistik bisher aufzuweisen hat, erreicht: Je von der Unfälle nahmen einen tödlichen Verlauf. Drei von diesen entfielen auf den Betrieb der Großen Berliner Straßenbahn, einer auf denjenigen der Charlottenburger Straßenbahn. In eine Person wurde getötet durch die Räder von Lastfuhrwerk, Automobil, Omnibus, Kleinfuhr und Bierwagen. Von den 28 schwerverletzten Personen verunglückten acht im Straßenbahn-Betriebe, hierbei vier beim Auf- und Absteigen von in der Fahrt befindlichen Wagen. Bei Zusammenstoßen wurden drei Personen schwer verletzt, zwei getötet. Jemlich groß ist diesmal auch die Beteiligung der Kinder bei der Unfallstatistik, von denen eins getötet, vier schwer verletzt wurden. Ferner gehören zu den zu Schaden gekommenen Personen 9 Frauen und 24 Männer.

Durch eine Gaserplosion verunglückte am Sonntagabend der Postkassier Mantje aus der Linienstr. 119 auf dem Postamt 6 in

der Marienstr. 10. Hier hatte man beim Öffnen der Gashähne verfahren, die Flamme auf dem Abort anzujünden. Als nun Mantje gegen 9 Uhr abends den Raum betrat und ihn finster fand, zündete er, obwohl er einen Gasgeruch wahrnahm, ein Streichholz an, weil das Fenster ausstand und deshalb eine Gefahr nicht vorzuliegen schien. Unter der Decke aber hatte sich dennoch eine beträchtliche Menge Gas angesammelt, das nun mit einem lauten Knall explodierte. Der Luftdruck richtete bei offenem Fenster keinen nennenswerten Schaden an. Dagegen wurde Mantje von der Stichflamme am Gesicht, am Rücken und an den Händen so schwer verbrannt, so daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte. Auch die Litwola verbrannte ihn.

Am nichts in den Tod. Der Gastwirt Deutschland vom Gelmen Weg Nr. 17, der nebenbei noch außer dem Hause für eine Brauerei tätig ist, hatte seiner 32 Jahre alten Ehefrau Jenny, geb. Herrmann, unterzagt, sich in seiner Abwesenheit zu Gästen an den Tisch zu setzen und mit ihnen zu trinken. Als er am 2. Februar von einem Geschäftszuge zurückkehrte, überprüfte er sie bei einer Uebersetzung seines Verbots. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die damit endete, daß die Frau plötzlich aus dem Hause lief und nicht wiederkam. Gestern landete man ihre Leiche an der Ebertsbrücke aus der Spree.

Der Selbstmordversuch eines Bäckerlehrlings eregt in der Gegend des Rosenhaier Thors Aufsehen. Am Sonntagabend hat der 15jährige Lehrling Erich Schläder des Bäckermeisters G. Kallweit, Weinbergweg 2/3, sich durch Leuchtgas zu vergiften versucht. Nach der Darstellung, die Herr Kallweit selber giebt, hatte Schläder vorher eine tüchtige Portion Rum zu sich genommen — wohl um sich Mut zu trinken — und dann in der Gesellschaft die Gashähne aufgedreht. Als man auf den Gasgeruch aufmerksam wurde und die Thür der verschlossenen Stube erbrach, war Schläder bereits bewußtlos, doch gelang es einem von der nächsten Polizeiwache herbeigeholten Schutzmann, ihn ins Leben zurückzurufen. Ein Arzt ordnete dann die Uebersführung des Schwerverkrankten nach dem Krankenhaus Friedrichshagen an. Ueber die Beweggründe zu der verzweifelten That äußerte sich Bäckermeister Kallweit dahin, der Junge sei stets etwas wunderlich und oft eigenwillig gewesen und habe keine sonderliche Lust zum Arbeiten gehabt. Doch leugnet der Meister nicht, daß Schläder in der Lehre mehrfach Prügel bekommen hat, wenn er ungehorsam und widerspenstig war, und zwar nachdrücklich. Herr Kallweit giebt auch zu, daß sein Lehrling, nachdem er wieder zum Bewußtsein gebracht worden war, diese Thatigkeiten als Grund seines Selbstmordversuches bezeichnet hat. — Der Fall zeigt aufs neue, wie verwerflich es ist, selbst Lehrlingen gegenüber Prügel als Erziehungsmittel anzuwenden.

In Lebensgefahr geriet am Montagabend ein Kind durch eine geisteskranke Frau. In dem Hause Schönebergerstraße Nr. 24 wohnte eine 40 Jahre alte Blumenhändlerin Ida Verlit, die vor drei Jahren einmal eine Zeitlang in einer Keenen-Geistesanstalt war. Da sie wieder gesund zu sein schien, so ließen Mütter aus dem Hause es wohl zu, daß sie sich mit ihren Kindern beschäftigte, wenn sie selbst abgehalten waren. So fuhr die Frau vorgestern abend den 7/2-jährigen Sohn Julius des herrschaftlichen Aufsehers Bastian mit dem Korbidogelchen spazieren, während die Eltern nicht zu Hause waren. Plötzlich wieder von ihrer Geisteskrankheit befallen, riß sie auf dem Potsdamerplatz das Kind aus dem Wagen und verurtheilte es vor einem Straßenbahnwagen zu werfen. Zum Glück konnte ein Schutzmann vom 37. Revier ihren irrsinnigen Plan noch vereiteln und den Knaben retten. Die Kranke wurde vom Beamten in eine Anstalt gebracht und der Kleine, der nicht bekannt war, auf der Revierwache behalten. Als Frau Bastian um 8<sup>15</sup> Uhr nach Hause kam und ihr Kind nicht fand, forschte sie nach seinem Verbleib und fand es auf der Wache untergebracht wieder.

Verunglückte Tandem-Fahrer. Die beiden Radfahrer Georg Metzger, Richardstr. 101, und Franz Wendt, Prenzlauerstr. 83 in Schöneberg wohnhaft, fuhren gestern abend gegen 10 Uhr, von Berlin kommend, die Hauptstraße entlang. An der Wästenstraße wollten die Radler seitlich abbiegen, gerieten jedoch hierbei, verumthlich infolge falscher Steuerung seitens des einen der Tandem-Fahrer, direkt gegen die Vorderplattform eines entgegenkommenden Motorwagens der Straßenbahnlinie 73 (Schöneberg-Alexanderplatz). Obwohl der Fahrer des Straßenbahnwagens schon vor dem Anprall gebremst hatte und den Waggon auf eine Entfernung von zwei Metern zum Stehen brachte, gerieten M. und W. unter die Vorderplattform. Beide erlitten infolge des Sturzes Verletzungen am Kopf und mußten nach der Unfallstation in der Bahnstraße gebracht werden. Von hier aus konnten sich die Verunglückten nach ihren Wohnungen begeben.

Ein schwerer Unfall wurde gestern nachmittag durch ein übermäßig schnellfahrendes Schläderfuhrwerk am Rosenhaier Thore herbeigeführt. Ohne Rücksicht auf den starken Verkehr, der auf diesem Platz am Tage herrscht, kreuzte der mit seinem Geispann aus der Brunnengasse kommende Kleinfuhr in schärfster Carriere das Rosenhaier Thor, wobei ein zehnjähriger Knabe, der dem Fuhrwerk nicht ausweichen vermochte, von dem Pferde niedergedrückt wurde. Statt das Tier zu zügeln, verhielt der Kleinfuhrer noch auf dasselbe ein, so daß die Räder über den Knaben hinweggingen, und suchte sich der Personalfeststellung durch die Flucht zu entziehen. An der Ecke der Linienstraße gelang es einem Schutzmann, der dem Pferde in die Fänge fiel, dasselbe aufzuhalten. Der Knabe, der einen Unterschenkelbruch erlitten hatte, wurde dem Krankenhause zugeführt.

Van-Unfall. In der Turmstraße führt die Firma A. Voigt hier, Thonaststraße wohnhaft, einen Neubau auf. Auf diesem Bau war der Maurer Schäfer am Montag, den 30. d. M., vormittags circa 10 Uhr, damit beschäftigt, einen Schornstein über das Dach herauszumauern. Dabei trat er auf die Seite des Schornsteins, wo kein Gerüst angebracht war, rutschte dabei aus, verlor das Gleichgewicht und stürzte herunter. Da die Balken des Bodenraums nicht ausgefüllt waren, so fiel Schäfer bis auf die Balken der 4. Etage. Die hinzueilenden Kollegen fanden den Verunglückten bewußtlos und aus Kasse und Ohren blutend. Im Krankenhause, wohin der Schwerverletzte gebracht wurde, konnte am Abend ein Urteil über die Verletzung noch nicht gegeben werden. Man vermutet einen Schädelbruch. Schäfer ist Familienvater. Die Rüstung läßt auf diesem Bau viel zu wünschen übrig. Der Treppenturm des Vorderbaues ist zum Beispiel vom Dach bis zur 3. Etage nicht abgedeckt. Auch in übrigen Umkle mehr Sorgfalt auf die Rüstung verwandt werden.

Aus den Nachbarorten.

Der Charlottenburger Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Nachdem der Herr Minister des Innern angeordnet hat, daß die Wählerlisten zur Reichstagswahl spätestens bis Ostern zur Auslegung fertiggestellt werden, die April-Liste in Charlottenburg bis zu diesem Termin indessen erst sehr unvollständig zur amtlichen Kenntnis gelangt sein werden, wird die Aufnahme der zu Anfang April umgezogenen Wahlberechtigten in der Regel nach ihrer bisherigen Wohnung erfolgen müssen. Wahlberechtigten, welchen daran gelegen ist, in dem Wahlbezirk ihrer neuen Wohnung zu wählen, wollen diese Wohnung dem Statistischen Amt der Stadt — Rosenstraße 13, Postgebäude — baldmöglichst schriftlich oder mündlich mitteilen. Außerdem gehen wie allen Wahlberechtigten anheim, schon jetzt sich in den Statistischen Amlie der Stadt zu vergewissern, ob sie in den für die Wählerlisten als Grundlag dienenden Personalkarten richtig vermerkt sind. Dies kann mündlich, in der Zeit von 8 bis 11 Uhr morgens, oder schriftlich veranlaßt werden und schließt die Einsichtnahme der Wählerlisten während der später erfolgenden öffentlichen Auslegung nicht aus.

**Meinlauendorf.** Die letzte Gemeinderats-Sitzung war der Stadtberatung gewidmet. Die Gehaltsregulierung der Gemeindebeamten soll allen Beamten eine Zulage bringen, dem Gemeindevorsteher gleich 1000 M.; dagegen war ein Gehalt der Gemeinbediener um Zulage abgelehnt worden. Genosse Ohl beantragte, dem Vorsteher nur 500 M., dagegen den niedrig bezahlten Gemeinbedienern je 50 M. Zulage zu gewähren. Eine Erhöhung um 1000 M. mit einemmal sei zu stark, auch auf die Finanzlage müsse Rücksicht genommen werden. Die von den Vorparlierern der Vorlage geltend gemachten Hinweise auf Gehälter anderer Gemeinden konnten nicht für uns maßgebend sein. Gegen unsere drei Stimmen wurden dem Vorsteher seine 1000 M., einstimmig den Gemeinbedienern je 50 M. bewilligt. Die weiter von uns beantragte Erhöhung von 10 M. Beitrag für ein Schachbrettkind bei Leipzig wurde abgelehnt. Beim Schul-Etat regte Genosse Ohl die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel seitens der Gemeinde an alle Schüler an. Die Kosten seien nicht unerträglich. Herr Stoff meinte, der Antrag würde die Gewerbetreibenden am Orte schädigen. Außerdem werde damit auch der erste Schritt zur Socialisierung der Schule gethan. Ihm wurde von den Genossen Säiling und Ohl geäußert geantwortet. Die Anregung soll in wohlwollende Erwägung gezogen werden. Eine ausgedehnte Debatte entsprang sich noch über den Antrag, die Stenographen um 5 Proz. herabzusetzen, der vom Genossen Säiling und Herrn Schmidt eingehend verteidigt, vom Gemeindevorstand lebhaft belämpft und schließlich mit kleiner Majorität abgelehnt wurde.

**Nummersburg.** Mittwoch, den 1. April, abends 7 Uhr, findet in der Aula der hiesigen Gemeindegemeinschaft die öffentliche Jahresprüfung der hiesigen obligatorischen Fortbildungsschule statt. Die Schule, welche vor ca. 3 Jahren ins Leben gerufen wurde und jetzt die Schülerzahl von 400 überschritten hat, verurtheilt eine Jahresausgabe von 10000 M., davon 7000 M. für Lehrhonorare; zu den Honoraren wurde bis jetzt von der Regierung ein Zuschuß in Höhe von zwei Drittel geleistet, der aber jetzt wegen Mangel an Mitteln auf die Hälfte herabgesetzt ist und wahrscheinlich noch weiter sinken wird. Die Lehrer umfassen Rechnen, Naturlehre, Deutsch, Volkswirtschaftslehre, Buchführung, Gesetzkunde, Jurels, Freihand- und Handzeichnen. Da für das Nachzeichnen die Anstellung von geeigneten Lehrkräften wegen der hohen Kosten mit Schwierigkeiten verbunden ist, haben einige Lehrer in dankenswerter Weise auf eigene Kosten auf der getverbliebenen Hochschule zu Charlottenburg einige Kurse durchgemacht, so daß auch diese Frage gelöst ist. Die Schule ist vierklassig, jeder junge Mann der am Ort wohnt, muß dieselbe bis zum 18. Jahre besuchen. Die Regelmäßigkeit des Schulbesuches war während der ersten Jahre schwer durchzuführen, da die meisten Schüler in Berlin beschäftigt sind, und die Berliner Arbeitgeber, weil für Berlin die obligatorische Schulpflicht leider noch nicht besteht, den jungen Leuten die Freigabe der erforderlichen Zeit verweigern, wovon besonders die ungelerneten Arbeiter schwer betroffen werden; doch sind die früher leider recht häufigen Strafen in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist noch nicht durchgeführt, doch wird jedes Jahr im Etat eine Summe für dieselben ausgeworfen, so daß Unbemittelte auf Antrag dieselben frei erhalten. Bezeichnend ist das Verhalten der bürgerlichen Kreise, welche zum größten Teil der Schule mit absoluter Verständnislosigkeit, ja sogar Feindseligkeit gegenüberstehen, obgleich gerade sie mit das größte Interesse an einer gesunden Arbeiterschaft haben müßten. Auch hier ist es Aufgabe der organisierten Arbeiter, in ihren Kreisen das Interesse für diese sociale Institution zu fördern.

**Freidenker.** Um die zahlreichen Unglücksfälle, welche die „Elektrische“ in der Rheinstraße schon verursacht, in Zukunft zu verhindern, hatte die Gemeindeverwaltung vor längerer Zeit beschlossen, zwischen dem Bahngelände und dem Bürgersteig einen Rasenstreifen, begrenzt von einem niedrigen Eisengelenker, anzulegen. Zweckmäßigkeit eines Kostenbeitrages zu dieser Schutzanlage wandte sich der Gemeindevorstand sowohl an die Direktion der Westlichen Vorortbahn wie auch an den Kreis Zeltow. In der letzten Gemeindevorstandssitzung gelangten nunmehr die eingehenden Antworten zur Verlesung, aus welchen sich ergab, daß beide Körperschaften sich ablehnend verhalten. Daß die Westliche Vorortbahn für solche Kleinigkeiten, wie Schutz des Publikums vor Ueberfahren, kein Geld hat, war ohne weiteres zu erwarten, doch aber der ablehnende Bescheid seitens des Kreises außerdem auch noch eine Mäße wegen der Form der Eingabe enthielt, war mehr als man erwartet hatte. Die Stelle, daß die Gemeindeverwaltung bei Genehmigung der Seitenanlage der Gesele „nur einem Druck der Aufsichtsinstanz gefolgt sei“, hatte die Herren verschmüpft — die alte Sage: Die Wahrheit will niemand hören! Thatsache bleibt jedoch, daß in der Bürgerstraße wenig Sympathie für die unglückselige Seitenanlage vorhanden war, aber es wurde gemacht, weil „man es wünschte“. Resultat: Wir haben unsere lebensgefährliche „Brachstraße“, diejenigen, die „dem Druck der Aufsichtsinstanz gefolgt“ sind, haben ihren Köpfe, und die Gemeindefasse darf die Kosten für eine Anlage zum Schutz gegen die Elektrische allein bezahlen; so hat ein jeder das, was er nicht wollte.

In der gleichen Sitzung wurde auch bekannt gegeben, daß der Beschluß auf Umwandlung der Volksschule von einer siebenstufigen in eine achtstufige die Genehmigung der Regierung nicht erhalten hat.

**Friedrichshagen.** Am Sonntagabend wurde das Ruderteam des Rudervereins „Vorwärts“ an der Millereide bei Grünau auf der Dahme von dem hohen Wellengang, der am Nachmittag infolge des Sturmes herrschte und der noch durch den Wellenschlag eines dampfenden Dampfers verstärkt wurde, toll Wasser geschlagen, worauf das Boot, ein kleiner Ruderer, in dem sich zur Zeit des Unfalls fünf Personen befanden, sofort sank. Ein Ruderteam des Rudervereins in Köpenick leistete die erste Hilfe und brachte einige der mit den Wellen Ringenden an Land, die andern konnten durch Schwimmen das Land erreichen, so daß niemand größeren Schaden erlitt. Auch die auf dem Wasser umhergeschwimmenden Sachen konnten zum größten Teil geborgen werden.

Durch einen Sturz vom Wagen verunglückte gestern nachmittag der Amtscher Gustav Scheunemann aus der Friedrichstr. 4 zu Potsdam vor dem Hause Dennertstr. 2a. Scheunemann hatte hier gehalten, als er den Wagen eben wieder befestigen wollte, zogen die Pferde an. Der Hund warf ihn auf das Pflaster, wobei er den rechten Unterschenkel brach. Der Verunglückte wurde von einem Schutzmänn des 63. Regiments nach der Charité gebracht.

## Gerichts-Zeitung.

### Eine Blutschuld.

die seiner Zeit großes Aufsehen erregt hat, beschäftigte heute das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Kretschmer. Aus der Untersuchungsakten wurde der 46 Jahre alte Kammergerichte Reinhold v. Mansky vorgeführt, gegen den die Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolge erhoben worden ist. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Langen, der Angeklagte wird vom Rechtsanwalt Brodny verteidigt. Als Sachverständige wohnen Gerichtsarzt Dr. Störmer und Hofbuchhändler Varella der Verhandlung bei. Der Angeklagte, der nur zwei kleine Verurteilungen erlitten hat, hat in der Nacht vom 2. zum 3. Januar den Gastwirt August Klisch auf der Waisenbrücke durch Revolvergeschüsse so schwer verwundet, daß dieser an den Folgen der Verletzungen gestorben ist. Der Angeklagte hat vom Januar 1902 bis zum 1. Oktober 1902 in dem Hause Parodialstraße 19 gewohnt, wo der Gastwirt Klisch eine Schankwirtschaft betrieb, die dieser später nach der Wallstraße 55 verlegte. Zwischen dem Angeklagten und dem Ehepaar Klisch entwickelte sich ein sehr gespanntes Verhältnis, obwohl beide Parteien nicht mit einander verkehrten. Es kam wiederholt zu Reibereien und man traktierte sich gelegentlich gegenseitig mit häufigen Schimpf-

worten. Der Angeklagte war schließlch gegen die Familie Klisch stark erbozt, und seine Erregung wurde noch gesteigert durch einen Vorgang, der sich am 22. August ereignete. Als v. Mansky an jenem Abend nach Hause kam, fand die Tochter des Angeklagten Klisch mit ihrem Bräutigam, dem Kaufmann Schmidt, in der Hausstube und der Angeklagte herrschte sie an, den Durchgang frei zu lassen. Darüber kam es zu Schimpfereien, wobei der Angeklagte aufs gröblichste beleidigt sein will, während sich Frä. Klisch bei ihrem Vater sofort darüber beklagte, daß der Angeklagte sie arg beschimpft habe. Klisch stellte ihn darüber zur Rede. Der Angeklagte behauptet aber, daß es dabei nicht geblieben sei. Herr Klisch ihn vielmehr geschlagen und mit Füßen getreten habe. Er hat auch bei dem Staatsanwalt Anzeige wegen Mißhandlung erstattet, ist aber auf dem Weg der Privatklage verworfen worden. Er hat dann Herrn Klisch vor den Schiedsmann geladen und als dieser dann nicht erschien, beschloß er, sich zu rächen und Herrn Klisch zu züchtigen, obgleich dieser inzwischen nicht nur sein Schanklokal, sondern auch seine Wohnung verlegt hatte und mit ihm gar nicht mehr in Verbindung kam. Der Angeklagte ist ein offenbar leicht erregbarer und aufbrausender Mensch, der äußerst verbißlen ist und in der Erinnerung an die Beleidigungen, die ihm angeblich von Klisch zu teil geworden, äußerst aufgeregt wird, so daß er, mit den Händen in der Luft herumstehend, erklärt, daß er nicht nötig habe, sich solche Schmach gefallen zu lassen. Sein Nachdenken ging dahin, dem Klisch das Gesicht so zu entstellen, daß er nicht mehr sein Schankgeschäft betreiben könnte. Er kaufte sich einen Revolver und Schrotpatronen und gibt, ohne mit den Wimpfen zu zucken, ganz lässlich zu, daß er sich vorgenommen habe, den Klisch in das Gesicht zu schießen, selbst auf die Gefahr hin, daß Klisch blind würde und ein Unterkommen in einer Blindenanstalt finden müßte. In den letzten Tagen des Dezember ist er von verschiedenen Personen beobachtet worden, wie er das Klischsche Schanklokal Wallstraße 55 umlaurerte; er ist auch wiederholt in der Nähe der Klischschen Wohnung gesehen worden. In der Nacht zum 2. Januar hatte er sich mit seinem mit sechs Patronen geladenen Revolver auf der Waisenbrücke aufgestellt und lauerete dort der Klischschen Familie, die aus dem Nachbarhause die Bräute passieren mußte, auf. Er hatte noch an demselben Tage einer Frau gegenüber gesagt: „Der Klisch entgeht mir nicht, frei kommt er nicht!“ Als Klisch mit seiner Frau, seiner Tochter und dem Bräutigam der letzteren über die Waisenbrücke kam, trat der Angeklagte dicht an ihn heran und feuerte zwei Schrotgeschosse ihm ins Gesicht, so daß Klisch sofort zusammenbrach. Der Schwerverletzte sollte mittels Drohfalte zur Unfallstation gebracht werden, er verstarb aber auf dem Wege dahin. Der Angeklagte bedrohte auch noch die Frau Klisch und einen Droschkenführer, der hinter dem entstehenden Thäter herjagte. Der Angeklagte wurde bald gefaßt und die herbeieilenden Schutzleute mußten ihn vor der Volkswut schützen. — Der Vorsitzende bemüht sich, die psychologische Seite der That aufzuklären und durch Befragen des Angeklagten festzustellen, wie er nur dazu kommen konnte, wegen so geringfügiger Reibereien einen Menschen über den Lauf der Kugel zu schießen. Der Angeklagte gibt darauf nur sehr dreiste und schimpfliche Antworten. Der Vorsitzende stellt fest, daß der Angeklagte ein sehr verblödeter Mensch ist, der ganz für sich allein lebte, äußerst mißtrauisch war und keinen Menschen als Freund besaß. Auch seine Arbeitsgenossen hielten sich von ihm fern. Der Angeklagte erklärt dies dahin, daß er kein Socialdemokrat und deshalb von den Arbeitern als Streikbrecher verhöhnt worden sei. Als der Vorsitzende ihn fragte, wovon er eigentlich gelebt habe, erwiderte der Angeklagte in feicher Weise: „Wahrscheinlich von Eilen und Trinken!“. Auf eine Bemerkung, die ihm eine nachdrückliche Mäße zuzog, auf den weiteren Vorhalt des Vorsitzenden, wie sich der Angeklagte für berechtigt halten konnte, einem Gegner Schrotgeschosse ins Gesicht zu feuern, erwidert der Angeklagte unter Köseljuden: „Ja hätte ihm ja auch Mäure ins Gesicht gießen können!“ Die Beweisaufnahme ergibt nichts wesentlich Neues. Es wird durch die Zeugen festgestellt, daß der Angeklagte die beiden Schüsse aus aller nächster Nähe abgegeben hat, indem er den Revolver dem Getöteten direkt aufs Gesicht hielt. Damit stimmt auch das Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Störmer und des Sachverständigen Varella überein. Dem Polizeileutenant Gieseler, der ihn zuerst vernommen, hat er sofort gesagt: „er habe den Klisch nicht töten, sondern nur blind schießen wollen; derselbe sollte nicht mehr Schankwirt sein, die Leute sollten ihm nicht mehr Geld zutragen, sondern er sollte arbeiten und vielleicht in der Blindenanstalt Stähle flechten müssen.“ Der Polizeileutenant fragte ihn, warum er denn so feige gewesen sei und nicht eine Kugel genommen habe? Darauf hat der Angeklagte erwidert: „Nein, da hatte ich Angst, daß ich verbleiben würde; dann würde er mich gepakt haben, denn er war sehr kräftig!“ — Der Staatsanwalt schilderte den Angeklagten als einen freien und unerschämten Menschen und hartgesottenen Sünder, der keinerlei Mäße verdiene. Er habe wie ein feiger Mörder gehandelt und es sei eine unglückliche Bosheit, daß er seinen Gegner blind schießen wollte. — Der Verteidiger teilte durchaus den Absichten über die grausige That des Angeklagten, hob jedoch die psychologischen Momente hervor, um daraus die Möglichkeit zur Bewilligung mildernder Umstände darzulegen. — Der Angeklagte, zum letzten Wort verlaßt, erklärt, daß er gegen die Personen, die ihn nach der That mißhandelt haben, den Strafantrag stelle. Er habe Messerschnitte im Kopf gehabt, so daß ihm der Polizeileutenant das Blut habe abwischen müssen. — Die Geschwornen verneinen die mildernden Umstände, worauf der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren beantragt. — Das Urteil des Gerichts lautet auf 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

**Kammergericht.** Der automatische Verkauf von Schokolade, Bonbons zc. auf Bahnhöfen fällt nicht unter die Gewerbe-Ordnung. Der Direktor Rawlitz von der Gesellschaft für automatische Verkauf, welche auf Grund eines Vertrages mit der Eisenbahnverwaltung auf vielen Bahnhöfen die bekannten Automaten mit Schokolade, Bonbons, Mandeln, Pfefferminzplätzchen und Ansichtskarten aufgestellt hat, war wegen Uebertretung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über den Rennuhr-Laden schlaf und die Sonntagsruhe angeklagt worden, weil die Automaten auch noch nach 9 Uhr abends und am ganzen Sonntag dem Publikum zur Benutzung freistanden. Das Landgericht Berlin sprach den Angeklagten jedoch frei, weil der automatische Verkauf ein Teil des Eisenbahnbetriebes sei und dieser nach § 6 der Gewerbe-Ordnung den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht unterfalle. Es sei eine Einrichtung, welche mittelbar den Zwecken des Eisenbahnbetriebes diene, indem sie den Reisenden das Reisen angenehmer mache, ihnen gewisse Bequemlichkeiten biete. — Die Staatsanwaltschaft legte beim höchsten preussischen Strafgerichtshof, dem Kammergericht in Berlin, Revision ein. Die hier beliebte Auslegung des § 6 der Gewerbe-Ordnung sei zu weitgehend, insbesondere konnten dem Eisenbahnbetriebe nicht die Veranstaltungen zugerechnet werden, die jedermann auf den Bahnhöfen offen ständen.

Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft und führte aus: § 6 der Gewerbe-Ordnung sei mit Recht angewendet worden. Der Eisenbahnbetrieb erstreckte sich auf alle Veranstaltungen, welche bestimmt sind, das Reisen sowie die Wartezeit auf den Bahnhöfen möglichst zu erleichtern. Gleichbedeutend sei, daß die Eisenbahn die Veranstaltungen in ihren Räumen getroffen habe. Das sei nach dem Vertrag zwischen der Automaten-Gesellschaft und der Eisenbahnverwaltung geschehen.

## Vermischtes.

**Freiherr v. Löw geschädigt.** In der bekannten Düsseldorfser Eheberuchs- und Reineids-Affaire ist abermals eine Ueberrechnung zu verzeichnen. Der verhaftete Lieutenant a. D. Freiherr v. Löw hat vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt und zugegeben, daß er vor dem Schöffengericht einen Reineid geleistet habe. Es sei richtig, daß er mit der 29jährigen Ehefrau

des Ingenieurs Ed., die sich vor einigen Tagen in der Untersuchungshaft verhaftete, längere Zeit ein Verhältnis unterhalten und seine Geliebte zu verschiedenen Malen in einer von ihm unter dem Namen eines Herrn v. Loeb gemieteten Wohnung der Charlottenstraße empfangen habe.

**Verbrannte Kanonen.** In der verflochtenen Nacht brannte die Gefahrgrenze der 4. Batterie des 7. bayerischen Feldartillerie-Regiments in München total aus. Sechs Geschütze wurden durch Feuer unbrauchbar gemacht. Ebenso verbrannten mehrere Fahrzeuge. Der Schaden ist sehr groß. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt.

## Eingegangene Druckschriften.

Die „**Socialistischen Monatshefte**“ (Administration: Berlin SW. 19 Reuthstr. 2) haben neben das Märzheft ihres 9. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Max Schippel: Die Briefsteller Juckerfouentouin, England und die englischen Kolonien. — Ewald Bernheim: Der Sozialismus und das Recht der Revision. — Otto Braun: Antisozialismus und Kranftassen. — Oda Hilbert: Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. — Wally Zepher: Das Jahrhundert des Kindes. — Otto Käthe: Die wirtschaftliche Lage der schifflichen Volkshullehrer. — Dr. August Winter: Zur Rechtsprechung in Arbeiterverhandlungen. — Politik von Richard Calmer. — Wirtschaft von Max Schippel. — Socialistische Bewegung von E. Kaplanstein. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Reinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gerd David. — Socialpolitik von Paul Kamphöfner. — Sociale Kommunalkolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Aus der Zeit von Hermann Thurom. — Bücher von Dr. Ignaz Jabel und Richard Calmer. — Notizen von Dr. Bruno Wochardt, Johann Anle und Adolf v. Elm. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1.50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Buchhändler (Post-Zeitungsverlag Nr. 7425), jener direkt durch den Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, Reuthstr. 2, Berlin SW. 19 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert). Probenummern stehen auf Wunsch kostenfrei zur Verfügung.

## Briefkasten der Redaktion.

**Nummersburg.** 21. Juni. **N. V. 100.** 21. und 22. April. **Gummthal.** 5 M. nach Mannheim gefaßt. Bitte, wiederholen Sie Ihre Anfrage. — **Kölln.** Ueber Fr. haben wir kein Urteil, allein vor „Briefsteller“ Behandlung muß dringend gewarnt werden. — **H. 10.** Die Sache stimmt schon, ist aber nicht neu. Die Kontrolle liegt in der Offentlichkeit. Außerdem sendet die Partei ihre Kontrolleure, soweit ihre Macht dazu reicht. — **Braunfelsstr.** 1. Inbes oder inbesen. 2. M nicht korrekt. 3. Nein. — **H. Stadthalter.** die jüdische Geschlechtslehre betreffend.

## Juristischer Teil.

**Die juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9¼ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

**Georg Viehling.** Ein solches Berechtigen wäre unverschämlich. — **Ries oder alter Amonent Ernst.** Der Antrag ist unbeschäftigt. Für die Eintragung ist das Amthauszuständig. — **H. 5.** Ihnen steht nach dem Berechtigten ein Recht auf Scheidung zu liegen nicht zu, es sei denn, daß Sie ihrem Mann Ehebruch nachweisen können. — **Bismarckstr.** **Rein.** — **H. 7.** Die Steuer ist zu Recht bezahlt. — **38. 10. R. H.** Die Einkommen werden zusammengezogen. — **101 M. 6.** Treten Sie direkt mit einem Anwalt in Verbindung. — **H. 1000.** Berechtigter, Uebergeber, Geringerer, Jüngerer, Kanon u. dergl. sind an vielen Orten noch zu Recht bestehende, meist auf allen Grundstücken lastende Kirchenabgaben, die noch heute neben den persönlichen Kirchensteuern erhoben werden. — **H. 6. 1.** Jährig Jahre. 2. Ja. — **M. Rein.** — **H. 2. Löwenberg.** Der Wirt ist berechtigt, Unterlegung der Weite vor dem Wegzug zu verlangen. — **M. 1.** Eine Beschwerde darüber, daß die Polizei bei ihrer Heimgangsgemeinde angefaßt hat, welcher politischen Richtung Sie angehören, würde einen Erfolg nicht haben, wäre aber der Antwort halber mahnenswert. Richten Sie die Beschwerde direkt an den Minister des Innern. — **H. 3. Bremen.** 1. und 2. Ja. 3. Derartige Eintragungen sind zulässig; ob und in welcher Weise sie dort getroffen ist, erfahren Sie am besten bei dem dortigen Polizeibureau. — **H. 3. Marienstraße.** Die Monatsfrist als Kündigungfrist bleibt in Ihrem Falle bestehen. — **M. R. 23. 1.** — **H. 6.** Eine Reklamation wäre in Ihrem Fall nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Die Steuerbehörde kann in Fällen wie dem Ihrigen mit Rücksicht auf Ihre hilflose Lage die Steuer außer Hebung setzen oder herabsetzen. — **H. 2. Pantow.** 1. und 2. Ja. — **H. 7. 1001.** Die Ehe zwischen solchen, deren Ehe Verdrüßlicher getrennt ist, ist verboten, jedoch kann Dispens von diesem Verbot erteilt werden. Richten Sie ein dahingehendes Gesuch an das Gericht, das die Ehe geschieden hat. — **Weseler, Rigori 112.** Sowie sich ohne mündliche Nachfrage die Sachlage erkennen läßt, sind die Kinder als Erben zur Nachfolge verpflichtet und der Gläubiger zum Verkauf berechtigt. — **Romanow.** Nach dem Gesetz muß angemessene Zeit zum Aufsuchen einer Stelle gewährt werden. Was angemessen ist, ist im Streitfall vom Gericht zu entscheiden. — **Ed. Gottwald.** Gegen den Arbeiter würde nicht auf Antritt der Stelle, wohl aber auf Schadenersatz geklagt werden, wenn er den Arbeitsvertrag nicht ausführt. Einseitiger Rücktritt vom Vertrag ist unzulässig. — **H. J. 3.** Leider zu spät.

**M. 100.** Ihre Verein fällt unter die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es und wie ein Aufschuß möglich ist, folgt aus dessen Regeln und aus den Statuten. Das Nähere können Sie § 117 und 215 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Gesetzes nachlesen. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Aug. M. 1.** Arbeiterrecht S. 436, 438, 2. Ebenda S. 185—188. 3. Nach der herrschenden Praxis zu den Reichsgesetzen ja, nicht aber zu den Gemeindevorständen. — **H. 3. 30.** Lohnbeschlagnahme wegen Alimenten für ein arbeitsfähiges Kind ist nur soweit zulässig, als der Schuldner zur Befriedigung seines nachdringlichen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht des Lohnes nicht bedarf. In Ihrem Fall würde also Ihre Frau und Sie mit dieser vor der Ehe gezeugtes, nach der Ehe als von Ihnen anerkanntes Kind vorzugehen. — **H. 2. 12.** 1. Beantragen Sie bei dem Verwaltungsgericht Aufhebung des Urteils zwecks Zwangsvollstreckung und erteilen Sie dann einem Geschädigten Auftrag zur Zwangsvollstreckung. 2. und 3. Sie können selbst Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft stellen. — **M. 2.** Den Antrag müssen Sie an die Polizei richten. — **H. 6. 100. 1.** In der Regel nein. 2. Benden Sie sich direkt an die von Ihnen genannte Behörde.

**C. 5.** Gütergemeinschaft galt in Bayern nur in den Kreisen Ravensburg und Biberach, in den übrigen bayerischen Kreisen galt ländliches Recht, Bauernordnung oder Regensburgs Stadtrecht. Um Ihre Rechtsverhältnisse zu haben, thun Sie gut, einen Ehe- oder Erbvertrag zu schließen.

**Kachen J. G.** Eine Aufhebung des Testaments wäre erfolglos, da Sie als Keile kein Testament erben. — **Jüngerwald 3.** Ein Unterhaltungsrecht liegt in dem von Ihnen geschiedenen Fall nicht vor. Eingaben an das Kriegsministerium oder andere Behörden wären wahrscheinlich erfolglos. — **H. 1. 1.** Der Beamte hat die Pflicht zu hegen. 2. Das wäre nutzlos. — **H. 3. 31.** Die Tochter gilt nach dem Gesetz als eheliche Tochter und als vollberechtigte Erbin. Eine Anlehnung wäre nutzlos. Eine Strafbank liegt keineswegs vor. Der Vater ist gesetzlicher Vertreter, das Vormundschaftsgericht hat mit dem Fall nichts zu thun. — **H. 7. Preiz.** Rein.

**H. 8.** Der Erfolg einer Klage ist in Ihrem Fall sehr zweifelhaft. Die Aufhebung hängt davon ab, ob der Richter annimmt, die eingeschriebene Abfindung solcher Entschädigung gehöre auch dann zu den Pflichten eines ordentlichen Kaufmanns, wenn kein Freierwerb vorliegt. Eine dies bejahende Klage ist uns nicht bekannt. — **H. 7. Rein.** — **H. 5. 99. 1.** Sie haben Kirchensteuer nicht zu zahlen. Der in irgend einem Lande erfolgte Austritt aus der Kirche gilt auch für andere Länder. 2. Sobald Sie in Preußen dauernden Wohnsitz genommen haben, haben Sie das Recht, als Staatsangehöriger in Preußen aufgenommen zu werden. — **M. 39.** Sie sind maßberechtigt. — **M. 2. 63.** Die Klage hat Aussicht auf Erfolg. Inzucht ist das Amtsgericht. Ein Formular, das speziell auf Ihren Fall paßt, findet sich im „A.“ nicht. — **H. 7. 7. Rein.**

## Witterungsübersicht vom 31. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand min.	Thermometer- stand min.	Thermometer- stand max.	Wetter	Stationen	Barometer- stand min.	Thermometer- stand min.	Thermometer- stand max.	Wetter	
Schwabenm.	757	3	2	bedeckt	6	Opavanda	758	3	2	bedeckt
Bamberg	754	3	3	bedeckt	5	Petersburg	757	3	1	bedeckt
Hamburg	757	3	3	bedeckt	6	Wien	760	3	1	wolkig
Frankf./M.	759	3	4	wolkig	5	Algerien	—	—	—	—
München	762	3	6	bedeckt	5	Paris	766	3	3	bedeckt
Bien	759	3	4	bedeckt	6					

**Weiter-Prognose für Mittwoch, den 1. April 1903.** Ziemlich kühl und veränderlich, vorwiegend wollig mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.